

Die Verteilung hat auf das Schreiben des Justizministers folgende treffende Antwort gegeben:

„Na seine Excellenz den Herrn Justizminister!
Ihre Excellenz haben auf unsere telegraphische Anfrage vom 28. Oktober eine Antwort erteilt, die unsre Freude nicht erregt. Das Gen. Exzellenz nicht beachtet, in dem Antrag die Unzulässigkeit der Kammer einzurufen, wissen wir ohne Ihre Excellenz Beilegung und haben ein solches Verhalten auch nicht geschehen.
Dagegen haben wir gebeten, die Exzellenz untergeordnete Staatsanwaltschaft anzuweisen, nach Gesetz und Geschäftsplan zu verfahren. Darauf geben Ihre Excellenz uns keine Bescheid.“

Selbst wenn in der Sache gegen Jagen und Genossen die Voruntersuchung gütlich geschlossen worden ist, so lag kein Grund vor, gerade aus diesem Fall eine getrennte Anklage zu machen unmittelbar vor Einreichung der Anlagen in den Abteilungen, ebenfalls genügend geklärt. Wenn diese mit der Sache Jagen in solchem Zusammenhang stehen, daß ihre nachträgliche Verbindung beantragt werden konnte, so mußte auch die Anklage gemeinsam erhoben werden.
Die Staatsanwaltschaft hat anlässlich durch die Bezeichnung als „Nachtragsanklagen“ und später durch die Anklage auf Verbindung der Sachen vor einer Kammer versucht, das zu erreichen, zu dessen Verhinderung der Geschäftsplan geschaffen ist, nämlich die Auswahl eines beliebigen Kollegiums und die Durchbrechung der Geschäftsverteilung des Landgerichts. Durch dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft werden die Angeklagten ihrem gesetzlichen Richter entzogen.
Auch gegen die Verletzung dieser Art einzuführen, gehört zu den Befugnissen und dem Amt des Justizministers und deshalb hatten wir uns an Ihre Excellenz als die zuständige Instanz mit diesem Antrag gewendet.“

Das wird Herrn Beseler wohl genügen.

Die Pumpwirtschaft geht weiter.

Mit großem Beschrei verkündet seit einigen Tagen die regierungsfeindliche Presse, daß der kommende Reichstag geradezu ein Musterbeispiel von Sparjamkeit sein werde. In diese Freude fällt aber doch ein bitterer Tropfen, denn es wird jetzt schon angegeben, daß abermals 100 Millionen Mark auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Anleihe aufgebracht werden müssen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß dieser angeblich sparsam aufgestellte Etat garnichts zu bedeuten hat. Der Etat wird Ende März verabschiedet, die Reichstagswahlen finden allerhöchstens im Herbst statt und die Staat-Ueberschreitungen oder die Nachtragsetats gehen dann dem neuen Reichstag zu. Wie diese Rechnung dann aussehen wird, das läßt sich heute noch nicht einmal annähernd überschauen. Es besteht die begründete Vermutung, daß ein Etat vorgelegt wird, von dem die Regierung selber ganz genau weiß, daß er in dieser Form auf keinen Fall eingehalten werden kann. Man bezweckt damit nichts anderes, als die Wähler zu täuschen. Sind erst die Wahlen verüber, dann wird das Volk die gewaltig aufgelaufene Last nachträglich bezahlen müssen.

Dallwitz, Malchahn und die Presse.

Der Minister des Innern, v. Dallwitz, hat nach einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ auf die Vorstellungen des Bundes Deutscher Redakteure wegen der bekannten Stolper Rede des Oberpräsidenten Freiherrn von Malchahn folgenden Bescheid erteilt:

Die von dem Oberpräsidenten der Provinz Pommern bei Gelegenheit einer Festfeier in Stolp am 5. September d. J. geäußerte Ansicht, daß das Gros der deutschen Zeitungen in der sommerlichen Ferienzeit vielfach von jungen, noch unerfahrenen Leuten bedient werde, beruht auf meines Dafürhaltens auf tatsächlichen nicht zutreffenden Voraussetzungen.
Insbesondere erkenne ich gern an, daß namentlich für die im Bunde Deutscher Redakteure vertretenen ersten Presseorgane die Annahme nicht zutrifft, daß ihre Haltung bei Abwesenheit leitender Persönlichkeiten durch mangelhafte Auswahl von Vertretern beeinträchtigt werde. Andererseits kann ich nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß die fragliche Äußerung und die scharfe Form, in welche sie gekleidet worden ist, auf die erklärliche Erregung zurückzuführen ist, welche die unrichtige (?) und das monarchische Empfinden verletzende Anspielung kaiserlicher Worte seitens einzelner Presseorgane in werten Kreisen kurz zuvor hervorgerufen hatte.

„Die zum Schluß versuchte Entschuldigung ist — so bemerkt die „Frankfurter Zeitung“ mit vollem Recht — recht lendenlos. Ueber die Königsberger Kaiserrede ist die große Mehrzahl der Presse ziemlich einig. Uebrigens beachte man, wie hart der Minister die Äußerung Malchahns zurückweist. Nichts von preussischem Ton ist da zu finden.“

Den Junkern bangt vor der Vergeltung.

Der Bund der Landwirte zittert um seine Position in Ostpreußen. In einem vertraulichen Schreiben an die Mitglieder des Wahlkreises Labiau-Wehlau heißt es:

„Die Reichstagswahl steht vor der Thür! Für die konservative Partei und Bund der Landwirte vielleicht die schwerste und die Gefahr, welche in Ostpreußen ausgefochten wird. Ist es doch Ehrenpflicht beider, für Ostpreußen die Schar der Volkspartei wieder auszuheben. Das muß nun in Ostpreußen durch einen ständigen Wahlkreis unserer Kandidaten durch die im Ostpreußen erreicht werden, damit nicht der Wahl auf uns Ostpreußen hängen bleibt, daß unsere ländlichen Wahlkreise bereits für den Wahlkreis sind.
Wir wollen und müssen den Beweiz liefern, daß der demokratische Zug unserer Zeit, wie er beim Kreisinn durch die Einkünfte der Rechte des Reiches, bei der Sozialdemokratie durch den offen proklamirten Umsturz der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung in Ostpreußen tritt — an dem bewährten patriotischen und konservativen Sinn der Ostpreußen geschehen soll.
Der Ausschall dieser Wahl ist für die konservative Partei nicht nur Ostpreußen, nein: Preußens und ganz Deutschlands von ausschlaggebender Bedeutung. Ihre alte und alljährliche Aufgabe wird alle verzagten Gemüter wieder aufrichten und aller deren Herzen mit neuer Hoffnung erfüllen, welche mit diesem Schicksal auf die allseitig demokratische Entwicklung der letzten Jahre blicken.“

Den Junkern muß die Angst ordentlich in den Knochen sitzen, sonst brühten sie sich kaum zu diesem verzweifelt Angstschrei an die Bündlergenossen verstanden haben.

Sozialistenbetriebe in der Hamburger Bürgerwehr.

In der letzten Sitzung der Hamburger Bürgerwehr gab es wieder einmal eine Sozialistenbetriebe. Von der Fraktion der Rechten war ein Antrag auf Niederlegung einer gemischten Staats- und Bürgerwehrkommission gestellt, die die Frage der Vereinfachung der Verwaltung und damit der Erstellung einer Ergänzung im Staatshaushalt, der im kommenden Jahr mit einem Defizit von 18 Millionen Mark abschließt, prüfen soll.

Der sozialdemokratische Redner, Stolten, erklärte bei dieser Gelegenheit, daß eine Vereinfachung der Verwaltung wie eine Ergänzung dabei nicht zu erzielen sei, wenn man sich vor fortgeschrittenen Reformen so sehr abschließe, wie das bis jetzt der Fall gewesen sei, und wenn man vor allen Dingen die große Masse der Bevölkerung voll g von der Mitwirkung der Verwaltung abschließe, wie das bisher gegenüber den Sozialdemokraten und den Vereinigten Liberalen, die ebenfalls gegen das vor einigen Jahren eingeführte Klassenwahlrecht gestimmt haben, geschähe, obwohl, wie sich bei der letzten Wahl gezeigt habe, hinter vereinigten Liberalen und Sozialdemokraten zusammen 231.000 Hamburger Wähler, hinter den drei alten Fraktionen, die die gesamte Verwaltung für sich reservierten, aber nur 150.000 Wähler ständen. Das führte die Scharmacher der verschiedenen alten Fraktionen auf die Tribüne, die erklärten, daß der Sozialdemokratie so lange kein Sitz in der Selbstverwaltung Hamburgs eingeräumt werden würde, als sie sich weigern, bei der Budgetberatung die Mittel für die Behörden zu bewilligen. Daß auch die vereinigten Liberalen von der Verwaltung ausgeschlossen sind, wurde bestritten, von den Rednern dieser Fraktion aber die Wichtigkeit der Darlegung Stolten's so ungewichtig nachgewiesen, daß selbst Reaktionen mit so lächerlicher Stirn wie Dr. M. Wundt's herab es nicht mehr weiter wagen, sich aufs Zeugnis zu legen. Endlich ist es einmal vor aller Öffentlichkeit die ganze Klassenherrschschaft und der selbstthätige Klassenegoismus der regierenden Klasse Hamburgs klargestellt worden.

Die Wahlrechtsdemonstrationen in Neumünster lauten am Donnerstag vor dem Reichsgericht zur Sprache.

Das Landgericht Kiel hat am 4. Mai den Arbeiterkreis Genossen Radlof und neun andere Angeklagte wegen Vergehens gegen § 19 des Vereinsgesetzes, Aufruhrs und Widerstandes zu Gefängnisstrafen verurteilt. Einzelne Angeklagte sind teilweise freigesprochen, andere aber wegen öffentlicher Beleidigung verurteilt worden. — Die Revision der Urteile enthielt sowohl materielle als prozedurale Klagen. Die Verhandlung wurde jedoch auf eine einzige prozedurale Klage beschränkt, weil diese allein schon zur Aufhebung des Urteils führen mußte. Nach dem Protokoll muß nämlich angenommen werden, daß mehrere Hauptzeugen nicht befragt sind. Demzufolge steht im Protokoll hinter dem Vorband „nach Verlesung des Wortes „Kategorie“; bei einem Zeugen steht sogar statt dieses Wortes „des Angeklagten“. Da nun das Urteil ergibt, daß auf den Aussagen dieser Zeugen, namentlich des Polizeikommissars Guldmann, das Urteil gegen alle Angeklagten beruhen kann, so erkannte das

Reichsgericht gemäß dem Antrag des Reichsanwalts auf Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung der Sache an das Landgericht.

Nationalliberale Agitations-Praktiken.

Der national-liberale Abgeordnete Schwobach hat in diesen Tagen den Wahlkreis Wismar, den er im Reichstag vertritt, bereist. Ueber diese Agitationsreise schreibt die konservative „Ostpreussische Zeitung“:

„Trotz der Jubelstürmen im „Memeler Dampfboot“, trotz der riesigen Annoncen in ihm und den litauischen Blättern, trotz der Agitation des Vorstandes des litauischen Wahlvereins hat Herr Schwobach in seinen 13 Verksammlungen im Wahlkreis Wismar, der 40.000 Einwohner zählt, nur vor insgesamt höchstens 600 Zuhörern, meist kleinen Leuten und Arbeitern, gesprochen, welchen nachher aus der Umarmung des Herrn Schwobach etwa 40 Ähren hier nebst Stimmzetteln als „Liebesgabe“ verabfolgt wurden. Die am besten besuchte Versammlung war die erste in Grabfken mit etwa 100 Personen und 15-17 Ähren „Liebesgaben“ etc.“

„Dingusthaden wäre nur, daß die Agrarier es auch nicht anders machen, vermuthlich leisten sie aber nicht so viel „Liebesgaben“. Hier, als Herr Schwobach zu geben in der Lage ist.“

Rausch gegen Polizeiaffizentinnen.

Auf Stuttgart folgt Mainz! In der Mainzer Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch kam es zu lebhaften Erörterungen über die Polizeiaffizentinnen Frau Schanro. In den letzten Tagen war im „Neuesten Mainzer Anzeiger“ und einer Reihe anderer Zeitungen von der Affizentin gesagte worden, sie überbreite ihre Amtsbefugnisse, ließ sich Uebergriffe zu schulden kommen. Stadtverordneter Uebeling interpellirte deshalb und verlangte volle Klarlegung vor der Öffentlichkeit. Der Vorsitzende der Polizei Dr. Wendt erwiderte, daß die Beschuldigungen unhaltbar seien. Er ging im einzelnen über ihm bekannt gewordenen Fälle durch und bezeichnete sie teils als zu den Funktionen der Affizentinnen gehörend, teils als unwahr und libelös. Die Affizentinnen habe selbst ein Disziplinärverfahren beantragt, dies sei jedoch nicht einleitet worden, da das Material nicht genügt habe. Die Affizentinnen habe namentlich in den Bordellen sehr wohlthätig gewirkt, durch ihre Tätigkeit sei dort das Ausbeutungssystem verschwunden. Dr. Wendt verlangte von der Presse Widerruf und Abbitte; erfolge diese nicht, so würde Strafverfolgung erfolgen. Demgegenüber behauptete Herr Dr. S. Dorch, daß schwer belastendes Material gegen die Affizentinnen vorliege. Nachdem man drei Stunden debattirt hatte, wurde beschloffen, die Affizentinnen dem Oberbürgermeister zur Prüfung zugehen zu lassen.

Ein schwarzer Bund für die reaktionäre Presse.

Ein neuer Bund ist gegründet worden, und zwar von einem Pastor Dr. Stürmann und einer Anzahl evangelischer Geistlicher. Die Bundesmitglieder haben folgendes Gelöbniß abgelegt:

„Ich verpflichte mich 1. in meinem Hause keine Zeitung oder Zeitschrift zu haben, deren Tendenz der christlich-sittlichen Weltanschauung widerspricht; 2. die entschiedenen christliche evangelische Tagespresse durch Galten und Inserieren sowie durch Nachfrage bei Reisen auf den Bahnhöfen und in den Verkaufsstellen auf den Straßen tatkräftig zu unterstützen; 3. in meinem Bekanntenkreis und wo sich nur immer Gelegenheit bietet, für die bewußt christliche Tagespresse eifrig zu werben; 4. alle Bestrebungen zur Bekämpfung der Schmutz-, Schund- und Pöbel-Literatur und zur Hebung und Verbreitung einer guten, christlich-sittlichen Presse nach Maßgabe meiner Kräfte zu fördern.“

Die reaktionäre Presse, allen voran die „Deutsche Tageszeitung“, begrüßt natürlich diesen schwarzen Bund und verspricht sich sehr viel davon.

Das nichtkonfessionelle Zentrum.

Der Zentrumsgewählte Bitter hat während des Streites der Osterdienstaglouerung in einer Versammlung gesagt: „Lassen Sie einmal bei den Wahlen den Kreuz neutral bleiben, und das Zentrum ist gesichert.“ Auch auf dem Parteitag des elsässisch-lothringischen Zentrums hat der Reichstagsabgeordnete Dr. Bonberscher der Geistlichkeit seinen heißen Dank für ihre unentbehrliche Hilfe im Wahlkampf ausgesprochen. Er erklärte, er würde auf sein Mandat verzichten müssen, wenn die Herren Pastoren nicht wären. Er habe die Tüchtigkeit der Geistlichkeit und deren ersprießliche Folgen, sobald es sich um die Wahlkampagne handle, wahrigen lernen. Die Geistlichen sollten sich nicht von der agitatorischen Tätigkeit zurückziehen, ohne ihre Mitwirkung müßte man an dem Sieg verzweifeln.

Der Brief des Kardinals Kopp.

Das „B. Z.“ schreibt: „Herr Dr. Kaufmann in Köln, der Herausgeber der „Central-Anstaltsblätter der katholischen Presse“, bittet uns, ihm beizustimmen, daß wir den Brief des Kardinals Kopp an Fräulein v. Schalka nicht von ihm erhalten haben. Das können wir in der Tat nur bestätigen. Wir haben auch keinen Grund, anzunehmen, daß Herr Dr. Kaufmann an der Uebermittlung des Briefes indirekt beteiligt gewesen sei.“

Kanzlerpräsident Nieher Reichstagskandidat.

Für den Reichstagswahlkreis 50 (Tübingen-Münden) ist, wie das „Berl. Tagebl.“ erzählt, Geheimrat Nieher, der Präsident des Kantonsbundes, als national-liberaler Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen in Aussicht genommen. Die Fortschrittliche Volkspartei will die Kandidatur unterstützen.

Der nichtkonfessionelle Stühnhandel.

Die in Harburg erscheinende linksliberale „Neue Elbe-Zeitung“ bringt eine Darstellung über die

Flammen.

Roman von Wilhelm Segeler.

11) (Nachdruck verboten.)
Baum vermochte Grabaus diesem Wirbelschmerz der Worte zu folgen. Noch war er zu verwirrt. Halb reute seine Standhaftigkeit ihn, er kam sich fürcht vor, und im Innersten fühlte er sich doch erleichtert, als wenn er nach banger Schwüle frische Luft atmete, und die tiefe Stimme gab ihm recht. Maggie ging voran in ein kleines, holländisch eingerichtetes Schlafzimmer. Auf dem Büfett standen Leister Teller neben mattglänzenden Strinjalien. Der Tisch in der Mitte war sauber gedeckt. Maggie bot ihm Platz und schnitt ihm Brot, reichte ihm die Schüssel und ließ es sich nicht nehmen, ihm selbst aufzuzeigen.
„Eine Viertelstunde müssen Sie jetzt still sein und essen, essen. Sie müssen nach der Reife wütend hungrig sein. Nichts schreidlich für einen Mann als ein leerer Magen, so schlingt man wie für die Frau ein leeres Herz. Hier die Cardines müssen Sie kosten. Das ist Fragens Leidgericht. Wir wollen sie ihm rein aufessen. Wenn er die leere Büchse sieht, das wird ihn tiefer tranken, als wenn er erfrühe, Sie hätten mich ihm gekohlen. — Ach, aber was schwache ich alles! Sie sollen etc.“
... in einem — und lehnte sie sich zurück und verhumnte ganzlich. Ihr selbst waren das Essen mehr Spielerei zu sein, und sie war, die weniger auf die Erfüllung ihres eigenen Appetits als darauf, daß ihr Volk tapfer zulangte. Als sie dann fertig waren, nahm sie die Weinflasche und ein Glas und beide saßen wieder auf ihrem alten Platz.
„Nun machen Sie sich bequem. Denken Sie, Sie wären zu Haus. Ich wäre Ihre Frau. Ach, wie hübsch muß das sein, so als Mann und Frau zu sitzen. Die Kinder schlafen. Tagesmüde und Müde ist vorbei. Der Regen trommelt gegen die Scheiben. Ach, Sie müssen doch sehr glücklich sein. Nicht wahr?“
Er lagte und sagte in leichtem Ton:
„Man schätzt das, was man hat immer weniger, als das was man nicht hat. Eine unbändige Kreatur ist der Mensch. Was machen Sie, wenn Sie abends mit Ihrer Frau zusammenhängen?“
„Was mögliche. Man liebt sich vor. — Was täten Sie denn, wenn Sie meine Frau wären?“
„Ich? ... Am liebsten möchte ich Zukunftspäne. Das wäre meine Leidenschaft. Wenn ich einen sicheren Boden unter den Füßen hätte und an morgen denken dürfte — ich lebte in der Zukunft. Ich hätte Kräfte gewonnen. Ich würde

Häuser. Ich beglückete meine Kinder auf ihrem zukünftigen Lebensweg. Ach, ich muß es sein, Zukunft zu haben.“
„Aber Maggie, wie sprechen Sie denn? Steht vor Ihnen nicht die schönste Zukunft?“
„Meine Zukunft — haha! Möchten Sie wissen, wo meine Zukunft liegt? Im Souffleurkasten, im Spital, im — und das wäre vielleicht noch das Beste — im Bett eines alten, reichen Juden. Aber sterben werde ich da nicht. Ich werd im Bett sterben. En revient toujours — — — Ich bin auf der Gasse groß geworden. Warum soll ich da nicht auch sterben? Wenn ich ein altes Weib mit Streichhölzern sehe, denke ich immer: Grüß dich Gott, Zukunft!“
„Ach, was sind das alles für Einbildungen? Sie mit Ihrem Talent!“
„Dah ich jung und hübsch bin, das ist das Beste an meinem Talent. ... Kommt mir nur keiner mit Zukunft. Ich hab kein gestern, kein morgen. Manchmal finde ich alte Briefe, lese sie wieder, sehe noch die Tränen auf dem Papier. Und dann denk ich und denke: ja, wer war's denn nur, der dich damals liebte? Und den du so liebst? Um den du dich weint hast. Ich weiß es nicht. Ich kann mich nicht darauf bestimmen. Ich mag's auch nicht. Ich leb im Augenblick. Was gestern war und morgen kommt, das pfeif ich drauf. Ich will nicht wissen, wie die Tage fliegen, wie ich älter werde, wie die Augen kommen, Fettpolster, hohle Zähne — nichts will ich wissen, als das, was ist. Ach, und doch muß es schon sein, still sitzen und Träume spinnen zu können.“
Sie lehnte sich zurück und leucht die Augen schließend wiederholte sie: „Ja, ich wür's. Wie ich noch als Kind oft Abends auf der dunklen Hofstreppe saß, nichts hatte — alles hoffte. ... Nun hab ich alles und hoffe nichts.“
Es war so still, daß man nebenan die Uhr töden hörte. „Warum erzähle ich Ihnen das alles nur? Komisch! Glauben Sie, ich hätte je mit einem Menschen so gesprochen? Mit Fritz, mit irgend 'nem anderen? Nie!“
„Sie sprang auf.“
„Nie! Warum mit Ihnen?“
„Vielleicht weil Sie fühlten, daß die anderen das Weib in Ihnen sahen, und ich uneigennützig bin.“
„Das wird's wohl sein“, sagte sie nachdenklich. „Den anderen gegenüber war ich so, wie sie mich wollten, gegen Sie aber kann ich sein, wie ich bin. Ich hab Vertrauen zu Ihnen. Erolig!“
„Was ist dröblig?“
„Aber sie schien ihn nicht zu hören, sondern summete halblaut vor sich hin und sah ihn dabei von Zeit zu Zeit lachend mit winternden Augen an.“
„Maggie, ich glaube fast, Sie wäreren sich über mich.“

„Nein! Ach nein. Wirklich nicht. Und doch ist es so dröblig.“
„Sie kam wieder näher.“
„Was ist so dröblig? Sie oder ich?“
„Wir beide! Ein uneigennütziger Mann? Sie mögen mich nicht. Sie sind in Ihre Frau verliebt. Obwohl das kein Grund wäre. Aber ich gefalle Ihnen nicht. Ich bin nicht für Sie. Oder warum sind Sie so uneigennützig? Wirklich aus Uneigennützigkeit?“
„Ja. Wirklich. Aber wenn Sie noch viel reden — — Weiß der Himmel, von Stein bin ich auch nicht.“
„Ach!“ machte sie, scheinbar grenzenlos erstaunt. „Nicht von Stein? Wirklich nicht?“
„Er ergriff ihre Hand und wollte ihre Lippen umschmeißen. Da wand sie sich wie eine Eidechse aus seiner Umarmung.“
„O, o! Nun brennt's! Hilfe, Hilfe! Das Strohhfeuer brennt! ... Adieu Uneigennützigkeit!“
Grabaus aber, leicht berauscht und erregt wie er war, ließ das Weinglas beim Niederlegen so heftig auf, daß es zerbrach. „Sie sind ein Satan, Maggie! Lassen Sie mich gehen.“
Im ersten Augenblick wollte sie aufstehen und überrennen. Doch wie sie ihn da stehen sah, mit finstern Gesicht, wurde sie plötzlich zaghaft.
„Was — was heißt denn das?“
„Verzeihen Sie — aber es ist doch wohl besser, wenn ich mich empfehle. Gehen Sie nicht böse.“
„Ich — böse?“ murmelte sie. „Nein, nein, nur nicht gehen. Doch jetzt nicht. Ein solcher Abgang —“ stammelte sie. Ganz heimlaut sammelte sie die größeren Scherben und holte dann von nebenan Schaufel und Besen, um alles rein fortzubringen.
„So — so! Weg mit den Scherben! Darum soll doch unsere Freundschaft nicht zerbrochen sein. Ster — sie reichte ihm ein neues Glas, das sie voll gefüllt hatte — „bitte trinken Sie, zum Zeichen, daß Sie nicht mehr böse sind. Oder sind Sie noch böse?“
„Er sah sie kopfschüttelnd an und sagte:
„Ich möchte nur wissen, was Sie eigentlich für ein Wesen sind?“
„Ach, das weiß ich selbst nicht. Aber Sie müssen mir verzeihen.“
„Sie ergriff seine Hand und drückte einen Kuß darauf.“
„Nicht mehr böse sein!“
„Ist das alles nun Spiel oder ernst?“
„Erstlich! Sie sah ihn mit vollen Augen an. „Wirklich ernst! Ich wäre so glücklich, wenn Sie mein Freund sein wollten. Anders ... ach, das wäre ja schrecklich gewesen.“
(Fortsetzung folgt.)

Verhandlungen zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und den Nationalliberalen über die Verteilung der Kandidaturen in der Provinz Hannover. Im ganzen handelt es sich um 17 Wahlkreise, von denen die Fortschrittliche Volkspartei vier für sich in Anspruch nahm. Die Nationalliberalen wollten ihnen aber außer Bremen nur noch zwei weitere ausüchtlischen Wahlkreise Hannover-Linden überlassen. Die Fortschrittlichen wollten trotzdem noch weiter verhandeln, schied aber schließlich von den Nationalliberalen die Antwort, dass man keinen Wert mehr darauf lege, mit ihnen in der Provinz Hannover zusammenzugehen. — Wie das „Berliner Tageblatt“ von unterzeichneten Seite erzählt, ist der Kandidat für die Provinz Brandenburg noch nicht abgeschlossen und es gilt sogar für fraglich, ob eine Verständigung erzielt werden kann.

Die Verleumdung Dr. Breitscheldts gegen Franz Pfeiffer wird noch ein Nachspiel haben, da Dr. Breitscheldt, wie er in seinem „Freien Volk“ erklärt, Verurteilung gegen das den Angeklagten Pfeiffer freisprechende Urteil eingeleitet hat. Dr. Breitscheldt gibt eine Darstellung der drei Fälle, wegen welcher er geklagt hatte. Die Verhandlung vom 17. März, bei der Dr. Breitscheldt in einer Verlesung ein gefälschtes Dokument vorgelesen habe, sei in der Prozesshandlung nicht erwähnt worden; dagegen wurde dem Angeklagten der Glaube an die Gültigkeit, weil er durch zwei Herren über die Angelegenheit in seiner Verlesung falsch unterrichtet worden war. Im zweiten Falle, dass Dr. Breitscheldt an dem Selbstmord des Ingenieurs Pfeiffer schuld habe, habe Pfeiffer vor Gericht bestritten, dass er in diese Mitschuld habe zusprechen wollen, und das Gericht erachtete in dem „Anteufeligen“ Pfeiffer keine Verleumdung. Zum dritten Falle, der das Hauptstück des Prozesses bildet, nämlich zu den Verleumdungen Dr. Breitscheldts, seinen damaligen Kameraden aus dem „Blaubuch“ zu verurteilen, gibt Dr. Breitscheldt an, dass er dem Herausgeber des „Blaubuchs“ von den Verleumdungen gesprochen habe, dass Pfeiffer homosexuell veranlagt sei. Er gibt auch an, dass er und Herr v. Gerlach erklärten, solange an dem „Blaubuch“ nicht mehr mitgearbeitet, solange der Name Pfeiffer mit ihm verknüpft sei. Er behauptet aber, dass dies deswegen geschehen sei, weil Herr Pfeiffer sich ihm gegenüber als Verfasser von Artikeln im „Blaubuch“ bezeichnet habe, die nicht von ihm, Pfeiffer, sondern von Dr. Ziegenfuss geschrieben waren.

Neulich ist der Ausgang des Prozesses doch ganz anders, als man erwarten konnte.

Ausführung des Magdeburger Beschlusses von der anderen Seite. Der landständliche Ausschuss der badischen Volksvertretung war am Freitag in Karlsruhe (Stadthaus) versammelt. Dieser war die sozialdemokratische Fraktion durch den Genossen Reich vertreten; jetzt sitzen zwei Sozialdemokraten, neben Ged auch der 1. Vizepräsident Geis, in dem Kollegium, welches einmal in der Legislaturperiode zusammentritt, um die Abrechnungen der Staatskasse des Domänengrundbesitzes, der Amortisationskasse, der Eisenbahnschuldentilgung, zu prüfen. Nach Eröffnung dieser Tagesordnung findet, wenn es gewünscht wird, eine Aussprache mit dem Reichspräsidenten statt. Zum Schluss pflegt nach altem Brauche der jeweilige Vorsitzende des landständlichen Ausschusses das Kollegium zu einem gemeinsamen Mahle zu sich einzuladen. Seit einigen Jahren führt der Prinz Max von Baden, der künftige Großherzog, als Präsident der 1. Kammer, im landständlichen Ausschuss den Vorsitz. Während er im Oktober 1908 eine Einladung dazu an alle Ausschussmitglieder richtete, wurde diesmal die sozialdemokratische Vertretung übergangen. Auf diese Weise werden die Sozialdemokraten am einschlafen gelassen.

Eine Kundgebung der Studentenschaft wird für den 4. November vorbereitet. An diesem Tage sollen in allen deutschen Hochschulen Studentenversammlungen stattfinden mit dem Thema: „Die Forderungen der Studierenden. Reform der akademischen Disziplin: Vorarbeiten.“ Es sollen in diesen Versammlungen Vorträge von Akademikern und Parlamentariern über die Notwendigkeit einer baldigen Reform der veralteten Disziplinarverordnungen gehalten werden. Die Universitätsbehörden haben sich mit der Abhaltung der Versammlung einverstanden erklärt.

Ausland

Der Eisenbahnerstreik und die französische Kammer.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 28. Oktober: Briand hat gefühlt, dass seine große Rede vom Dienstag einer sofortigen Ergänzung bedürftig; deshalb sprach gestern sein Minister der öffentlichen Arbeiten, Millerand, Man konnte nichts anderes erwarten, als eine Verteidigung dessen, was die Regierung getan hat. Als geschickter Taktiker versuchte es der Abbot auf folgende Weise: er sagte von den Regierungshandlungen gar nichts und um die insurrektionelle These als richtig erscheinen zu lassen, behauptete er einfach, dass die Streikenden bis heute keine Forderungen aufgestellt hätten, die einen klar erkennen ließen, was sie eigentlich wollten. Denn erstens wäre von einer „allgemeinen Verbesserung der Löhne“ bei dem Ministerium mit den Verbänden geführten Verhandlungen nie die Rede gewesen und der fünf-Franken-Minimallohn wäre auf der Staatsbahn durchgeführt, von den Privatgesellschaften verschoben gewesen. Zweitens sei die rückwirkende Kraft des im Jahr 1909 angenommenen Pensionsgesetzes für die Eisenbahner ein Ding der Unmöglichkeit, das hätten die Eisenbahner wissen müssen. Allerdings hat die Kammermehrheit selbst beschlossen, dass dem Gesetz die rückwirkende Kraft gegeben werden sollte. Er, Millerand, habe davor gewarnt, denn „die Kammer könnte den Vorlauf eines Gesetzes nicht umstoßen“. Wichtig ist aber der Minister Millerand das gesagt. Dasselbe, dass die Eisenbahner sich auf denselben Standpunkt zu stellen wagten, wie sie jetzt die Kammer, müssen sie sich vom Minister sagen lassen, dass sie keine greifbaren Forderungen aufgestellt hätten. Auch die dritte Hauptforderung, die Festsetzung der Ruhetage ist für Millerand wesentlich, da er ein Projekt sowohl an die Gesellschaften, als an die Verbände schickte. Und aus alledem folgert der Minister der öffentlichen Arbeiten, dass der Streik keinen beruflichen Charakter haben konnte. Dessen Scheitern streng sachlichen Waldoyer, das alles wagt, was den Einzelheiten ihren wahren Charakter gegeben hätte, und alles verschwiegen, was die vom Minister aufgestellten Behauptungen in ihr Gegenteil hätte umschlagen lassen, jubelte die gesamte Mehrheit, die ganze Kammer mit Ausnahme der Sozialisten, zu.

Am Sonnabend gab es in der Kammer einen großen Sturm. Ein bürgerliches Bureau schreibt darüber: Zwischen dem Arbeitsminister Viviani und dem republikanischen Jaures kam es vor Schluss der Kammereröffnung zu einer überaus heftigen Auseinandersetzung. Viviani bestreitet, dass er während einer Beratung seine Demission gegeben habe, während Jaures mit seinem Ehrenwort das Gegenteil behauptete. Die durch den Wissenschaftler verursachte starke Nervosität erreichte ihren Höhepunkt, als Briand unter dem Jubel des Zentrums und der Rechten die feterliche Versicherung gab: „Ich hätte, um Frankreichs Grenzen gegen die Gefahr einer Invasion zu schützen, ganz unbedenklich auch Besatzungsmittel gegen den Ausländer gebraucht, falls die gesetzlichen Mängel nicht gewesen wären!“ Die erhobenen Füsten stützten darauf einige Sozialisten auf Briand los, befreundete Deputierte bildeten eine Schutzwehr für den persönlich gefährdeten Ministerpräsidenten. Der Sozialist soll rief: „Gibt mich den Diktator erdrosseln!“ Der Vorwende Viviani suchte beschwichtigend zu wirken, aber immer heftiger wurde das Getöse. Auch einige Deputierte der Regierung verteilten tadelslos Briands Worte. Bei Schluss der auf heute vertagten Beratung blieb es, Briand würde heute die oben zitierten Worte abzusprechen suchen, das heißt, sie dahin ändern, dass ihm nicht in den Sinn komme, eine Diktaturrolle in Frankreich zu spielen. Man hält die Demission des Ministeriums für möglich, doch würde fallenderes Briand mit der Neubildung des Kabinetts betrauen. Jaures verhierte, er habe 200 Unterschriften von Deputierten, die gegen Briand stimmen würden. Jaures Rede war von Anfang an von größter Wichtigkeit.

Über die Verlesung der Linien wird noch gemeldet: Die hervorragendsten Führer ergreifen das Wort und erklären,

es wäre unmöglich, eine Regierung weiterhin zu unterstützen, welche ungesetzliche Handlungen sühlig wäre. Selbst einzelne radikale Abgeordnete, welche gestern noch einen Antrag auf Erteilung eines Vertrauensvotums unterzeichnet hatten, sind schwankend geworden.

Über den Schluss der Kammereröffnung wird noch berichtet: Der Abminetthof Briand verließ nach einer halben Stunde nach Schluss seiner Rede auf der Tribüne, wobei er andauernd Gegenständliche Juristen der äußersten Linken war. Um 7 1/2 Uhr verließ er die Tribüne, an deren Füße sich zahlreiche Abgeordnete eingefunden hatten, welche ihm mit lebhaftem Beifall begrüßten. Die Saaltribüne suchte ihm dann einen Weg zu seinem Sessel zu bahnen. Die Minister brückten dem Kabinettchef die Hand, während das Zentrum und ein Teil der Linken ihm jubelte, die äußerste Linke ihn aber andauernd beschimpfte. Die einstige Tagesordnung, welche von der Kammer mit 381 gegen 170 Stimmen abgelehnt. Der Abg. Guedes verlangte, dass Briand in den Anklagenzustand versetzt werde. Sein Antrag wird von der gesamten Kammer mit Ausnahme der 75 Stimmen der gemäßigten Sozialisten abgelehnt. Briand erklärt, er sei Anhänger der Tagesordnung, und stelle die Vertrauensfrage. Abg. Gugaonour ergeht sich in den heftigsten Angriffen gegen den Kabinettchef, von dem er verlangt, dass er zurücktrete, um die Einigung der wirklichen Republikaner zu ermöglichen. Über die endgültige Abstimmung der Vertrauensfrage wird augenblicklich (Sonntag Abend) noch verhandelt.

Der Kammerpräsident eröffnete Sonntag am späten Nachmittag die Abstimmung über die Tagesordnung des Abgeordneten Ratot, welche von der Regierung angenommen worden ist. Die Tagesordnung lautet: Die Kammer billigt die Sabotage und die Gewaltakte und billigt die Haltung der Regierung. Sie spricht ihr Vertrauen zur Regierung aus zur Wahrung der berechtigten Interessen der Eisenbahnen sowie derjenigen der Republik und geht zur Tagesordnung über. Der erste Teil dieser Tagesordnung, der die Sabotage und die Gewaltakte mißbilligt, wird mit 221 gegen eine Stimme angenommen. Der zweite Teil, der die Haltung der Regierung billigt, wird mit 415 gegen 116 Stimmen angenommen. Der dritte Teil, der das Vertrauen zur Regierung ausdrückt, wird mit 329 gegen 123 Stimmen angenommen. Das Datum über die ganze Tagesordnung wird mit 383 gegen 94 Stimmen angenommen.

Ein galizischer Millionenbetrug. Ungeheures Aufsehen erregt in Galizien die Verhaftung von elf den höchsten Verwaltungskreisen angehörenden Personen, darunter zwei Ministerkandidaten und vier Landräte. Es handelt sich um eine über eine Million betragende Schädigung des Fiskus, die dadurch entstanden ist, daß die Verhafteten Grundstücke, die für staatliche Bauten bestimmt waren, durch Vertrauensmänner ankaufen und dann teuer verkaufen ließen. Die Affäre zieht immer weitere Kreise nach sich und läßt noch mancherlei Enthüllungen voraussehen.

Politischer Hungerstreik in Triest. Wie der „Focolo“ meldet, sind die im Landesgerichtsgefängnis in Triest wegen Straßendemonstrationen untergebrachten Verhafteten in Hungerstreik getreten, der bereits seit 4 Tagen dauert. Die Verhafteten haben sich in diesem Schritt entschlossen, weil sie bereits seit zwei Monaten inhaftiert sind, ohne daß sie bisher auch nur einmal vom Untersuchungsrichter verhört worden sind.

Antirepublikanisches Komplott in Portugal. Die „Correspondencia Espanola“ veröffentlicht ein Telegramm zu der angeblichen Entdeckung eines Komplotts gegen die provisorische Regierung von Lissabon, monach 32 Offiziere unter dem Verdacht, an dem Komplott teilgenommen zu haben, verhaftet worden seien, darunter befindet sich auch der Kommandant der Lissaboner Munitionsgarde. Die ganze Affäre wird in Portugal mit der größten Heftigkeit behandelt, und die Regierung hat eine außerordentlich strenge Zensur eingeführt.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Oels, 30. Oktober. Ein Durchbrenner. Der etwa 18 jährige Lehling eines hiesigen Kaufmanns, der am 9. d. M. nach Untererschlagung von 1700 Mark, die er auf der Post abliefern sollte, klichete, konnte jetzt, wie die „Pol. a. d. D.“ meldet, in Dresden gefaßt werden. Er hatte sich dort, nachdem unangemeldet, aufgehalten und das Geld bis auf drei Mark in Damen-geldstück verpackt.

Saarau, 30. Oktober. Verbesserungsbedürftige Verhältnisse herrschen in der chemischen Fabrik „Silesia“. Der Ingenieur Belar ist der Meinung, daß die Handwerker noch nicht 50 Pf. pro To verdienen, weil sie eine Lohnerhöhung von 20 Prozent fordern; der jetzige Stundenlohn von 80 und 28 Pf. bei den teuren Zeiten, ist sehr niedrig ist. Die Direktion hat sich von der noblen Seite bereit und 1 Pfennig pro Stunde zugelegt. Die sanitäre Zustände lassen auch zu wünschen übrig. Zu müssen z. B. die Arbeiter während der Frühstücks- und Mittagspause in der verträumten Werkstatt, in der die Fensterstiche fehlen, zubringen, was bei der jetzigen kalten Jahreszeit immer untragbar ist. Ebenso fehlt es an Arbeitsvorrichtungen. Freiwillig werden keine Verbesserungen eingeführt. Der Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation kann hier nur helfen. Darum hinein in die.

Wieschen, 30. Oktober. Pilzreichtum. Die benachbarten Wälder weisen in die letzten Jahre einen nie dagewesenen Reichtum an Pilzen auf; in Karstföhren und Kinderwagen werden sie aus dem Walde geholt. Eine Familie fand in einem Zeitraum von kaum zwei Stunden einen halben Zentner aussergewöhnliche Steinpilze. — Wir Großstädter merken davon nichts, die Breite bleiben immer hoch.

Wanssen, 29. Oktober. Wenn es sich um Arbeiterrechte handelt! Ende September b. J. brach in der Zigarettenfabrik von M. Deter ein Streik aus weil man den Arbeitern schon längst eine Verbesserung der Rollenlöhne versprochen hatte, aber es immer bei dem Versprechen beließ. Da die Arbeiter nicht organisiert waren, und auf Grund ihrer traurigen Wochenlöhne von 10 und 11 Mark keine Ersparnisse machen konnten, um längere Zeit ohne Arbeit leben zu können, waren sie gezwungen, ohne jede Lohnerhöhung am zweiten Tage die Arbeit wieder aufzunehmen. Ein großer Teil der Arbeiter wäre von der Zigarettenfabrik von Neumann beschäftigt worden, wenn die Arbeiter im Besitz eines Entlassungsgeldes gewesen wären. Um nun in den Besitz dieser Beihilfe zu gelangen, reichten acht Arbeiter die Kündigung ein, um nach deren vorchriftsmäßiger Beendigung den Entlassungsgeld zu erhalten. Aber Herr Werlmeyer Kübler, der auch gelegentlich gegen Arbeiter kämpft geworden sein soll, gab die Entlassungsscheine nicht. Im Gegenteil, er drohte einem Arbeiter, der ganz energisch sein Recht forderte, mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs, wenn er sich nicht sofort entferne. Nun wandten sich die Arbeiter an den Bürgermeister mit der Bitte, ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen. Aber dieser erklärte, daß er nicht ihr Arbeitgeber sei und daß ihm die Entlassungsbefreiung der Arbeiter nichts anginge. Ein Mann, der an der Spitze der Stadt steht, und darauf zu achten hat, daß das Gesetz respektiert wird, versagte den Arbeitern den gesetzlichen Schutz. Hierauf wurde Beschwerde beim Landrat von Herzberg über den Bürgermeister geführt. Der Landrat war über das Verhalten des Oberhauptes von Wanssen ganz erlaut und erklärte, der Bürgermeister hätte auf Grund der Gewerbeordnung sofort eingreifen müssen. In dem Briefe, den der Landrat dem Bürgermeister von Wanssen

übermitteln ließ, werden über keine Schmelzworte gestanden haben; denn zwei Stunden nach Empfang des Briefes waren die acht Arbeiter im Besitz der Entlassung.

Arbeiter und Arbeiterinnen von Wanssen! Ihr Recht, wie es mit dem Recht der Arbeiter steht, wenn er davon Gebrauch machen will. Es mußte erst erkämpft werden. Darum werdet auch Ihr kämpfer. Hinein in die gewerkschaftliche und politische Organisation. Gemeinsam ist der Kampf leichter und schneller zu führen.

Blegitz, 30. Oktober. Ein Schießklub unter Volksschülern. Die Erhebungen über den üblichen Unfallsfall, der hier erfolgte des Mißbrauchs einer Schusswaffe vor einigen Tagen hier ereignete und den Tod des Schulknaben Schwarz verursacht, haben ergeben, daß unter den Schülern einer hiesigen Volksschule ein Klub bestand, dessen Mitglieder zu ihrem Geburtstag mit einem Leuchtkugelgeschütz beglückt wurden, nachdem man die Rollen hierzu unter sich durch Sammlungen anbotracht hatte. Der Unfall mahnt zur stärksten Beobachtung der Kinder in Bezug auf die Führung von Waffen.

Blegitz, 30. Oktober. Brand im Sägewerk. Sonnabend früh 8 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre nach dem Grundstück des Sägewerks Paul in der Wallstraße gerufen, so ein an das Sägewerk angebaute offener Schuppen in Brand gerau war. Das Feuer hatte sich schon auf einen Teil des Sägewerks übertragen, aber durch das schnelle und energische Eingreifen der Wehre wurde jedes Weitergreifen des Feuers bald verhindert. Die infolge der leicht brennenden Späne entstandene Hitze veranlaßte den Lärmwächter Großfeuer zu melden, worauf die Alarmierung der Gesamtfeuerwehre erfolgte; es brauchten aber nur noch einzelne Geräte einzugreifen. Gegen 4 1/2 Uhr löste die Wehre wieder ab. Der entstandene Schaden ist gering.

Bretterdorf i. Riesengeb., 31. Oktober. Von einem Hirsche angefallen wurde der im Sanatorium Badental wohnende Kaufmann Kamphausen aus Charlottenburg. Er parkierte, von einem Spaziergänger aus Schreiberhan kommend, einem Waldweg, als ihn der Hirsch anladete und damit mit dem Gewehr bearbeitete, daß Kamphausen, arg zugerichtet, ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Fauer, 30. Oktober. Landfeuer. In der Nacht zum Sonntag brannte in Fägerndorf hiesigen Kreises die große Scheuer des Mittel-Dominiums bis auf die Umfassungsmauern nieder. Es lagerten in derselben große Mengen Getreide, hauptsächlich Gerste. Da in dem Dite wenig Wasser vorhanden war, hätte leicht, da in der Nähe alles mit Stroh bedeckte Häuser stehen, das Feuer größere Dimensionen annehmen können. Nur der glücklicher Windrichtung war es zu verdanken, daß letzteres nicht geschehen ist. Es scheint Brandstiftung vorzuliegen.

Reiße, 28. Oktober. Die Arbeitstagesplittung hat an der Arbeit. Das hiesige Gewerkschaftsamt hatte für Sonnabend eine Materverammlung einberufen. Ein Herr Schneider aus München wollte über das Thema: „Wie können sich die Arbeiter der Matergehilfen ihre Lage verbessern“, sprechen. Es erschienen auch zur rechten Stunde eine Anzahl Matergehilfen, mußten aber vernehmen, daß keine Verammlung stattfände, obgleich außer dem Referenten der unermittelliche Herr Winkel und einige Holzarbeiterverbandsgrößen anwesend waren. Es wäre auch wirklich interessant gewesen, zu hören, was Herr „Schneider“ aus München mit den hiesigen Matergehilfen vor hatte. Den Malern ist es nämlich in diesem Sommer gelungen, ihre Organisation so zu stärken, daß sie den Reichstark durchsetzen konnten. Auch vertriebenen anderen Verbesserungen wurde die Arbeitstagesplittung von 12 auf 10 Stunden verkürzt und die Löhne bis 8 Pf. pro Stunde erhöht. Vor Jahren gehörten die Gehilfen zum größten Teil dem Hirsch-Dunderthaler Gewerbeverein an, wie ich aber von diesem ein ernstlicher Versuch gemacht worden, die überaus traurige Lage der Maler zu verbessern. Auch Winkel hat nie versucht, eine christliche Organisation zu gründen. Aber jetzt, nachdem die Maler erkannt haben, daß nur der freie Malerverband ernsthaft bemüht ist, erträgliche Verhältnisse zu schaffen und auch geschafft hat, kommen die „Christen“, um einen Keil in die Bewegung hineinzutreiben. Hier bestreitet es sich wieder einmal, daß die „Christen“ erst dann auf dem Plane erscheinen, wenn die freien Verbände festen Fuß gefaßt haben. Aber sie kommen nicht etwa um Verbesserungen zu schaffen, sondern nur zu dem ausgesprochenen Zweck, die Arbeiterschaft gegeneinander zu züchten, zum Nutzen der Arbeitgeber. Dies haben auch die Matergehilfen eingesehen, und das Verhalten der christlichen Holzarbeiter im vorigen Jahre, hat manchem Arbeiter die Augen geöffnet. Deshalb war auch nicht ein einziger unorganisiertester Maler erschienen, um sich den „Spech“ anzuhören, und deshalb zogen es die „Selben“ vor, zu kniefen. Leider waren wir um den Genuß gekommen, den Bildern in Christo ihre Schandtat vor Augen zu halten. Den hiesigen Malern aber rufen wir zu, haltet fest zu eurer Organisation, deren Früchte ihr bereits geerntet habt, und den wenigen unorganisierten Reislagen rufen wir zu: Hinein in den Malerverband!

Posen, 30. Oktober. Ein bedeutendes Schadenfeuer. wie es seit Jahren hier in Posen nicht gemittelt hat, vernichtete Sonnabend in den Morgenstunden die Egelskische Maschinenfabrik. Das Feuer brach um ungefähr 10 Uhr abends um 2 Uhr Nachts in der Tischlerei aus und ergriff nach kurzer Zeit auch die Stellmacherei und die Drechlerei und legte diese vollständig in Asche. Die Viskerlunge der Fabrikenerwehre erwiesen sich als machtlos, worauf die Posener Feuerwehre alarmiert wurde und mit Schläuchen ausrückte. Ihr gelang es, nach angelegener Tätigkeit des Feuers Herr zu werden. Das Erdbecken eines Gebäudes, in dem sich die Maschinen befanden, ist ebenfalls zerstört. Der Schaden durch Versicherung gedeckt ist, beträgt mehrere Hunderttausende Mark. Die Fabrik errichtet schon seit einiger Zeit eine neue Fabrikanlage in Gnuwo.

Ein großes Glück war es, daß die Fabrikbesitzer, da sonst leicht die in der nächsten Nähe sich befindlichen Holzplätze an der Schützen- und Ragnyskistraße hätten gefährdet werden können. Die Arbeit für die beteiligten Betriebe der Fabrik muß vorläufig eingestellt werden, jedoch hofft man, daß wenigstens in der Drecherei nächste Woche wieder gearbeitet werden können.

Hohenfels, 30. Oktober. Kirchenbrott. Wie der „Bielagym“ mitteilt, haben die polnischen Parochianen in Schwert gegen den Propst Reiff bei dem Bischof Kofenteter in Galm wegen einer Reihe von Anordnungen zugunsten der deutschen Katholiken Beschwerde eingereicht und um Verlegung derselben nicht gebunden Seelsorger gebeten. Für den Fall, daß der Forderung der polnischen Katholiken nicht entsprochen werden sollte, drohen diese, bei Propst Reiff nicht mehr zu besetzen, seine Gottesdienste nicht zu besuchen und bei dem alljährlichen Umzug zur Einsegnung der Häuser ihm das Betreten ihrer Wohnungen nicht zu gestatten.

Da wird es aber himmlische Strafen geben.

Vertheilung der hiesigen Wankel-Motoren-Kommission.
Bretlau, den 29. Oktober.

Wesen, weicher	gute		mittlere		geringe	
	Stück	Preis	Stück	Preis	Stück	Preis
Wesen, weicher	19	30	18	40	17	80
Wesen, gelber	19	20	18	30	17	80
Roggen	14	70	14	20	14	20
Wesensgerste	16	50	16	20	14	20
Gerste	16	50	16	20	14	20
Hafers, neu	16	20	14	70	14	20
Victoria-Erbsen	23	50	23	20	20	50
Erbsen	19	50	19	20	16	50
Wintererbsen	23	—	—	20	—	20

Gen per 50 Hgr. 3.20—3.40 Hgr.,
nachher pro Saad 28—30 Hgr.,
Stroh 50 Hgr. 1.40—1.60 Hgr.

Wesensgerste-Markt. Wehlmarkt, per 100 Hgr. laut. Saat breito
Wesensgerste 09 Markt 22.00—22.50, Roggenmarkt 00 Markt 22.00—22.50 Hgr.,
Wesensgerste Markt 21.00—22.00 Hgr., Roggen-Buttermarkt 10.00—10.50 Hgr., Weizenmehl Markt 9.50—10.00 Hgr.

Verantwortliche Redakteur: Ernst Hoff. — Redaktion und Expedition: Hauptstraße 7. — Verlag von Ernst Hoff. — Druck von H. Hoff. — G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Druck: H. Hoff.

Artell deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände.

Berlin, den 30. Oktober 1910.

Im äußersten Norden Berlins, in dem in der Chaussee-straße gelegenen Kriegervereinshaus, fand heute eine von über 1000 Personen besuchte Versammlung des Artells deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände statt, um die wirtschaftliche und soziale Lage der Reichs- und Staatsarbeiter zu erörtern.

Es hatten sich viele Delegierte aus allen Teilen Deutschlands eingeschrieben. Außerdem waren erschienen die Abgeordneten Pauli (Deutschkonfession), Dr. Wendland (natlib.), Amtsrichter Dr. Müggan und Pastor Dr. Runge (Christlich-sozialistische Volkspartei). Den Vorsitz führte Eisenbahnarbeiter Seberin.

Der Syndikus des Verbandes, Seibner, wies in längerer Rede nach, daß, laut amtlicher Statistik, die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter im allgemeinen bedeutend geringer seien, als der in der Privatindustrie beschäftigten Arbeiter. Die Löhne betragen im Durchschnitt 3,60 Mark pro Tag. Es gäbe aber auch eine Anzahl Arbeiter, die nur täglich 2,50 Mark bekommen. Angesichts der großen Teuerung aller Lebensmittel, Wohnungen usw. sei es selbstverständlich, daß die Arbeiter zu mehr verdienen müssen. (Mufe: Auch die Kinder!) Die vielen Verschleudungen Jugendlicher seien in der Tat lächerlich und zu vermeiden. Die Arbeiter müssten in der Lage sein, ihren Kindern die nötige Erziehung angeben zu lassen. Das waren vorwiegend auf vollständig neutralem Boden; Politik und Religion seien vollständig ausgeschlossen. Die Reichs- und Staatsarbeiter können sich weder der Sozialdemokratie, noch irgend einer anderen Organisation, auch nicht der christlichen Gewerkschaften anschließen. Sie müssen aber verlangen, daß ihnen ein Lohn gezahlt werde, mit dem sie in anständiger Weise ihre Familie ernähren können. Das sei bei den jetzigen Lohnverhältnissen unmöglich. Es sei daher erforderlich, bei der Regierung und den Volksvertretern Hilfe zu erbitten. (Stürmischer Beifall.)

Telegraphenarbeiter Wallentin-Spandau führte aus, die Reichs- und Staatsarbeiter müssen verlangen, erstens: Anerkennung der Arbeiterschiedsrichter, zweitens: Eine Lohnverbesserung entsprechend den heutigen Teuerungsverhältnissen, drittens: Schaffung einer Instanz ähnlich dem Gewerbegericht und Arbeitskammern. 1. Berücksichtigung der Staats- und Reichsarbeiter bei der Reichsversicherungsordnung. 5. Gewährung und Sicherung des Koalitionsrechtes nach den gesetzlichen Bestimmungen. Der deutsche Arbeiter habe gesagt, Staatsbetriebe müssen Musterbetriebe sein. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß die Behörden nach diesem Musterwort handeln werden. Die Reichs- und Staatsarbeiter stehen auf nationalem Boden, stehen treu zu Kaiser und Reich und wollen keinerlei Gewalt. Von Streit könne bei Reichs- und Staatsarbeitern keine Rede sein; sie müssen aber so gestellt sein, daß sie in der Lage sind, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Der Post- und Telegraphenarbeiterverband habe es durchgesetzt, daß den Post- und Telegraphenarbeitern eine Lohnverbesserung von 10 bis 15 Prozent vom 1. November ab bewilligt worden sei. Damit können sich die Post- und Telegraphenarbeiter aber noch nicht zufrieden geben, da diese Lohnverbesserung noch keineswegs den teuren Verhältnissen entspreche.

Eisenbahnarbeiter Seberin wandte sich ganz besonders gegen die Alfordbezahlung. In den Eisenbahnwerkstätten, in denen zum Teil Reparaturen gemacht werden, sei die Alfordbezahlung vollständig unangebracht.

Militärarbeiter Sufert-Spandau bemerkte, es müsse dahin gewirkt werden, daß die Mitglieder der Arbeiterschiedsrichter gemäßigter werden dürften. Letztere werden vielfach als Rädler betrachtet und auf die Straße gesetzt.

In der weiteren Erörterung wurde noch vielfach über die niedrigen Löhne, die lange Arbeitszeit, ungünstige Arbeitsverhältnisse usw. Klage geführt, und darauf hingewiesen, daß die Wünsche des Artells, das bereits über 100.000 Mitglieder zähle, volle Beachtung verdienen. Es wäre notwendig, auch den Staatsarbeitern gleich den Beamten Sommerurlaub zu gewähren und ihnen überhaupt Gleichberechtigung mit den Beamten zuteil werden zu lassen.

Abgeordneter Pauli sprach im Namen der deutschkonfessionellen Partei den Artell und seinen Bestrebungen volle Sympathien aus. (?) Die deutschkonfessionelle Partei werde die Forderungen prüfen und sie so weit als möglich in nachdrücklicher Weise unterstützen. Aus dem Handgelenk lassen sich aber die Forderungen nicht erfüllen (Mufe!), es werde dazu voraussetzungsvoll eine längere Zeit bedürfen. Jedenfalls sei eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Reichs- und Staatsarbeiter notwendig, das erkenne er vollständig an. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. Runge: Die Fortschrittliche Volkspartei stehe auch den Bestrebungen und Forderungen des Artells sympathisch gegenüber, und werde bemüht sein, sie in nachdrücklicher Weise zu unterstützen. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß diese imposante Versammlung dazu beitragen werde, die Bestrebungen und Forderungen der Reichs- und Staatsarbeiter wesentlich zu fördern. (Lebhafter Beifall.)

Generalsekretär Schoda begrüßte die Versammlung im Namen des Verbandes vaterländischer Arbeitervereine (der „Selben“) und hieß sie herzlich willkommen, es sei durchaus falsch, die Reichsfinanzreform für die Teuerung der Lebensmittel verantwortlich zu machen; es seien in der Reichsfinanzordnung Steuern enthalten, die keineswegs die Arbeiter treffen. (Große Unruhe, stürmische Mufe: Schluß! Schluß! Mumpf, Müggan!) Die Reichsfinanzreform müsse jedenfalls unter Dach und Fach gebracht werden, wenn es nicht schlimmer werden soll. (Stürmische Unterbrechung. Mufe: Schluß! Schluß! Qual!)

Die Versammlung faßte schließlich eine längere Erklärung, in der es heißt: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden und erkennt die Notwendigkeit der Bildung des Artells der neutralen Reichs- und Staatsarbeiter an. Diese bildet eine bedeutend vollkommenere Vertretung für gemeinsame Interessen der Reichs- und Staatsarbeiter bei den Behörden und Parlamenten, als die Einzelverbände. Die nächste Aufgabe des Artells ist, die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Reichs- und Staatsarbeiter. Die Versammlung erklärt es als Pflicht jedes Reichs- und Staatsarbeiters, sich dem Artell anzuschließen, um an derhebung des Standes mitzuarbeiten.

Die Beratung

der Reichsversicherungsordnung.

Am Freitag wurde in der Kommission über die Beschränkung des Rekurses in Unfallfällen beraten. Der Streit drehte sich um einen konservativen Antrag, der alle Rentenberechnung von dem Rekurs ausschließen will, wenn die Rente nicht höher als 93/4 Prozent gewesen ist. Ferner sollen alle Streitfragen um den Grad der Erwerbsunfähigkeit, wenn es sich nur um Herabsetzung der Rente bis zu 15 Prozent handelt, gleichfalls vom Rekurs vor dem Reichsversicherungsamt ausgeschlossen werden. Wegen den Antrag erklären sich unsere Genossen, die eine Verschärfung der Rechtsmittel ablehnen und dem Verfallenen die Verfolgung seines Rechtsstreits bis in die letzte Instanz sichern wollen. Auch das Zentrum und die Volkspartei lehnen den Antrag ab. Angenommen wird aber von diesen Parteien im Einverständnis mit den Konservativen und Nationalliberalen ein zu § 1662 gestellter Antrag, der den Rekurs in folgender Weise beschränkt:

„Handelt es sich um Herabsetzung oder Entziehung der Entschädigung nach Minderung der Verhältnisse und beträgt die hierbei in Frage kommende Rente ein Drittel der Vollrente oder weniger, so kann der Vorstehende des Senats den Rekurs ohne mündliche Verhandlung verwerfen, wenn er mit dem Richterstimment einig ist, daß das Rechtsmittel offenbar ungerechtfertigt ist.“

In § 1664 wird auf Antrag der Konservativen bestimmt, daß der Vorstehende eines Senats im Reichsversicherungsamt mit Uebereinstimmung des Richterstimmenten einen Vorbescheid erlassen kann, gegen den der Verfallene Einspruch auf mündliche Verhandlung erheben kann. Der Antrag wird angenommen, dagegen stimmen unsere Genossen und das Zentrum.

Eine weitere Verschärfung der Vorlage bedeutet ein Antrag der Konservativen und Nationalliberalen, der die Beweisführung vor dem Reichsversicherungsamt beschränkt. Der Antrag lautet:

„Soweit die Höhe der Rente Gegenstand des Rekurses ist, können neue Tatsachen und Beweismittel im Rekursverfahren nur berücksichtigt werden, wenn sie ohne Verschulden der Beteiligten im vorausgegangenen Ver-

fahren nicht geltend gemacht werden konnten. Ein neues dritteljähriges Gutachten ist auch in der Rekursinstanz zulässig.“

Gegen den Antrag stimmen nur unsere Genossen. Der Rest der Vorlage wurde sodann ohne wesentliche Minderung angenommen, und damit die erste Lesung der Vorlage beendet. Die zweite Lesung soll nach einer Pause, am 10. November beginnen.

Partei-Angelegenheiten.

Tod eines sozialdemokratischen Bürgermeisters.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Peter Randsen in Kopenhagen ist am Freitag gestorben. Von Pernik Dandshuhmacher hat seit einem Jahrzehnt mit drei Kollegen an der Spitze des bühnenden Gemeinwells Kopenhagen gestanden und noch im August den internationalen Sozialisten-Kongress im Rathaus begrüßt. Er und sein Kollege, der Walter Jensen, haben den schlagenden Beweis für die Fruchtbarkeit sozialdemokratischer Gemeindepolitik erbracht.

Der Parteivorstand hat am Sonntag an die Parteimitglieder der dänischen Sozialdemokratie folgendes Telegramm gefandt: „Dänischer Sozialdemokratischer Verband. Th. Stauning. Kopenhagen, Komtelegade 22.“

Die Trauerkunde von dem frühlichen Tode Entes unvergessenen Randsen hat uns schmerzlich überrascht. Wir wissen mit Euch, was der Tote als Führer der dänischen Sozialdemokratie in einem an Erfolgen reichen Leben für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse geleistet hat. Aber auch uns wurde er als einer Vertreter im internationalen Sozialistischen Bureau ein guter Bekannter, ein lieber Freund und treuer Kampfgenosse. Wir trauern mit dem dänischen Proletariat an der Harte Randsens, der als sozialistischer Bürgermeister Kopenhagens vor wenigen Monaten noch in voller Frische die Arbeiter-Internationale so herrlich bearbeitete, und sprechen Euch im Namen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands unser innigstes Beileid aus.

Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Unsere Toten. Der schweizerische Genosse Paul Brandt ist nach langem, schwerem Leiden in Breuil (Frankreich) im Alter von 58 Jahren gestorben. Ursprünglich Farmer und zwar zuerst in Delberg im Breuer Jura, ging er später zur Presse über und war erst Redakteur der freisinnigen „Berne Post“, dann des demokratischen „St. Galler Stadt-Anzeigers“, hierauf des sozialdemokratischen „Volkrecht“, nachher des „Güllianer“, zuletzt des „Signal“, des Organs des Angerechneten, dem er zugleich auch als Generalsekretär seine Kräfte widmete. Von 1900 bis 1904 war er auch Arbeitersekretär in Winterthur und von 1902 bis 1905 gehörte er als Vertreter St. Gallens dem Nationalrat an. Wie viele vor und nach ihm hatte er sich vom Freisinnigen nach links zum Sozialdemokraten entwickelt. Im Jahre 1898 veröffentlichte der Züricher „Sozialdemokrat“ einen viel beachteten Brief „Von einem Sozialdemokraten aus der Westschweiz“ über die Anweisungen der Genossen vom „Sozialdemokraten“. Genosse Brandt war im Bezirk ein edler und selbstloser Mensch, ein tief überzeugter und treuer Sozialdemokrat, ein viel verdienter Volksheld der schweizerischen Arbeiterbewegung ist mit ihm dahingegangen.

Mit „Unstimmigkeiten in der sozialdemokratischen Zentralkasse“ beschäftigt sich eine Notiz, die durch die bürgerliche Presse läuft. Es ist wieder das Darlehnskonto, das den Genossen Kopfschmerzen macht. Die Parteikasse sei eine „Pumpstation“ und eine „Sammelstelle für Gelder, über welche keine Abrechnung gegeben, noch mitgeteilt wird, wo sie sich befinden, wie sie angelegt sind und wer sie verwaltet.“

Der Parteivorstand hat sich zu diesem schicksalhaften wiederkehrenden Gerede schon wiederholt erklärt. Auch in dem schriftlichen und mündlichen Fallensbericht an dem Abgeordneten Bachtlan ist das geschehen. Es ist dort angeführt worden, daß unter dem Darlehnskonto Posten laufen, die Parteiorganisationen zu besonders wichtigen Aktionen und unseren Parteimitteilungen bei Neuerrichtung und Betriebsverweiterungen angedrungen werden. Da sich unsere Parteipresse gerade in den letzten Jahren besonders stark entwickelt hat, sind freilich die Ausgaben des Darlehnskonto gestiegen und begrifflicherweise auch höher als die erfolgten Darlehnsrückzahlungen. Das ist natürlich dem reichsverbändlerischen Schriftsteller bekannt. Er ignoriert aber diese Tatsache, weil er sonst die Partei nicht verächtlich könnte. Daß das reichsverbändlerische Langohr permanenter Aufschluß haben möchte über die Verzinsung der einzelnen Darlehen, über die Höhe des Restzweifels und darüber, wo er sich befindet, ist aus politischen Gründen ja sehr begreiflich. Doch darüber brauchen sich unsere Genossen die Kopfe nicht zu zerbrechen. Daß die Zinsen „nicht anderweit verbraucht werden“, dafür sorgt die in unserem Organisations-

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der Komponist Robert Rabede vollendet am 31. Oktober sein 80. Lebensjahr. 1830 zu Dittman-Sdorf geboren, besuchte er bis 1848 das Plesslau in Gymnasium und war bis 1850 Schüler des Leipziger Konservatoriums, trat dann als Violinist in das Gewandhausorchester ein und wurde 1852 neben Ferdinand David zweiter Dirigent der Leipziger Singakademie, ein Jahr später Musikdirektor am hiesigen Stadt-Theater. Nach absolviertem Dienstjahr trat er wiederholt in Berlin als Pianist und Organist mit großem Erfolge auf, richtete auch Kammermusikabende ein und veranstaltete während der Jahre 1858—1863 große Chor- und Orchesterkonzerte. Im Jahre 1863 wurde er als Musikdirektor an die königliche Oper berufen und wurde 1871 königlicher Hofkapellmeister. Als Julius Stern starb, übernahm er bis 1883 die künstlerische Leitung des Sternschen Konservatoriums. Ein Jahr zuvor hatte er seine Stellung an der königlichen Oper aufgegeben und wurde 1882 als Kampfs Nachfolger Direktor des Singschulvereins, von dem er 1907 wegen hohen Alters zurückgetreten ist. Rabede hat sich als Komponist zahlreicherlieder und Ehre bekannt gemacht, vor allem durch das beinahe vollständig gewordene „Aus der Jugendzeit“.

Aus aller Welt.

Ein zweites Moabit. Der polizeioffizielle „Berliner Lokalanzeiger“ überraschte am Sonntag Morgen sein Lesepublikum mit einem Sensationsartikel, der in zollhohen Buchstaben „Schwere Straßenunfälle am Wedding“ — im Norden Berlins entzündigt. Während die ganze übrige Berliner Presse, auch das „Tageblatt“ und die „Morgenpost“, die über einen sehr guten Berichterstatterdienst verfügen, von solchen Tumulten so gut wie nichts wissen, und andere Blätter eine unbedeutende Keilerei verzeichnen, spricht der polizeioffizielle „Lokalanzeiger“ von „schweren Ausschreitungen, die in ihrem ganzen Arrangement an die Moabiter Unruhen erinnern, allem Anschein nach aber einen weit ernstern Charakter als diese anzunehmen begannen.“ Es folgt dann eine ellenlange Beschreibung der fürchterlichen Ereignisse, die sich in der Nacht zum Sonntag am Wedding zugefallen haben sollen. Angeblich hat die Menge vor dem Laden eines Fleischermeisters Morgenstern erbebt, bei dem gestreift wird, und aus diesen Zusammenrottungen soll

dann ein Stein- und Bierflaschenangriff auf die Polizei geworden sein, bei dem auch der berühmte „Schuh aus der Menge“ nicht gefehlt hat. Dieser Schuh wurde, wie weiter berichtet wird, von einem 13-jährigen Knaben, vermutlich einem sehr gefährlichen Revolutionär, abgegeben und hat niemanden getroffen, da es sich jedenfalls um eine Ständerpistole gehandelt haben wird.

Durch die frivole Aufschauung eines unbedeutenden Vorgangs im polizeioffiziellen „Lokalanzeiger“ ist die Gefahr neuer Tumulte im Norden Berlins allerdings bedenklich nahegerückt. Tausende von Neugierigen werden dadurch veranlaßt werden, nach dem Wedding zu pilgern, und da es an raudalustigen Elementen und aufgeregten Polizisten bei solchen Gelegenheiten niemals fehlt, können die „revolutionären Unruhen“ von Moabit von vorne losgehen. Nur wird kein Mensch mehr auf den Schwinkel hereinfallen, daß Arbeiterorganisationen mit einer so schamhaften Sache in irgend welcher Verbindung stehen könnten. Die neuen „Unruhen“ sind eine „Lokalanzeiger“-Mache!

Brand in der Brüsseler Weltausstellung. Die Brüsseler Weltausstellung ist am Sonntag wieder durch einen größeren Brand gefährdet worden. In der Straße, die zur deutschen Abteilung führt, befinden sich rechts und links zahlreiche Gebäude, die Restaurationszwecken dienen. In einem von diesen, dem bekannten Danahaus, brach nach 9 Uhr in der Küchenanlage Feuer aus, das sich schnell über das ganze, aus leichtem Fachwerk errichtete Gebäude verbreitete. Drei Minuten, nachdem der Feueralarm gegeben war, waren bereits drei Dampfspritzen in Tätigkeit. Die Brandwache der deutschen Abteilung ließ sofort die Streifen der deutschen Jagenerhalle ertönen, worauf sich innerhalb zehn Minuten die gesamte organisierte Feuerwehr der deutschen Abteilung versammelte und diese die holländische Abteilung gegen die überfliegenden brennenden Stücke schützte.

In manchen Augenblicken war eine Dampfspritze zur Stelle. Inzwischen hatte das Feuer bereits den größten Teil des Restaurants gerührt und die Umgehungen der Feuerwehre räumte sich daher vornehmlich darauf, eine Ausdehnung auf andere Ausstellungsgebäude zu verhindern; insbesondere war ein benachbarter Photographenstand gefährdet, den es aber zu spät gelang. Auch die Feuerwehren der Stadt waren alarmiert worden und trafen mit großer Schnelligkeit ein, jedoch brauchten sie nicht in Tätigkeit zu treten. Die Feuerwehr der deutschen Abteilung stand in Bereitschaft, um im Notfall die benachbarten Gebäude zu schützen. Die Nachricht von dem Aus-

bruch des Brandes, die sich mit Windeffekte in der Stadt verbreitete tief begriffen wurde in der Bevölkerung große Panik hervor und Laufente strömten nach der Ausstellung hinan.

Wierzig Jahre französischer Gefangenenschaft. Wie die Schwarzalageitung aus angeblich zuverlässiger Quelle erfahren haben will, sind kürzlich zwei ehemalige deutsche Soldaten, die im Kriege 1870/71 in französische Gefangenenschaft geraten waren, und in der Verwärtungliste gemeldet worden waren, nunmehr in ihre Heimat zurückgekehrt. Bereits vor Ausbruch des Krieges waren beide verheiratet, beide Frauen leben noch, die eine hat sich vor vier Jahren wieder verheiratet. In der ganzen Zeit waren sie in einer französischen Kolonie, in die sie als Gefangene geschickt worden waren, zwangsweise beschäftigt worden, bis es ihnen endlich gelungen sei, zu entkommen. Das Malt will auch erfahren haben, daß Schritte eingeleitet worden seien, um die Reichsregierung zu veranlassen dafür zu sorgen, daß die beiden ehemaligen Krieger eine angemessene Entschädigung erhalten.

Polizei-Gummi-Knüttel. Der Vereinigten Gummiwaren-Fabriken Harburg haben für die Berliner Polizei 300 Gummi-Knüttel geliefert. Es soll am Sonntag diese „Ordnungsinstrumente“ geliefert sein. — Zur „Behandlung“ der Staatsbürger in einem „Kulturstaat“.

Anschützarten für Schanzler. Ein kleines Geschäft gerichtet eine Frankfurter Buchhandlung mit der Kromprings-Beile nach Dillsten zu machen. Diefelbe läßt Postkarten gegen Vorausbestellung anfertigen und versendet sie dann von den Reststationen. Es wird behauptet, daß bei der letzten Kaiserreise 100 Doppelgänger solcher Postkarten verschickt wurden, mit deren Aufschriften 400 Briefschreiber tätig waren. Es gibt also noch eine ganze Menge Leute, die zu viel Geld in der Tasche haben.

Den Arbeiter erschossen und freigesprochen. Der Oberleutnant Wolf aus Penney hatte in der Nacht zum 11. Juli vor einem Gasthause, wo Arbeiter Ausschreitungen begingen, in dem Augenblicke, als man gegen ihn tödlich vorging, von seiner Schußwaffe Gebrauch gemacht. Durch einen Schuß war ein Arbeiter schwer verletzt worden und am folgenden Tage gestorben. Wolf wurde vom Schwurgerichte freigesprochen.

Verbrennte Leiche. Gelegentlich der Aufgrabung einer Leiche stürzte eine brennende Leiche und entzündete die gesamten Trauerdekorationen. Auch der Sarg ging in Flammen auf und die Leiche verbrannte fast gänzlich. Der herbeigeeilten Feuerwehr gelang es nach einiger Zeit, den Brand zu löschen, bevor ein größerer Teil des Hauses eingestürzt wurde. Was für eine „Aufgrabung“ es sich handelt, geht aus der Meldung nicht hervor.

Wolfswachtleser berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inferenten unserer Zeitung.

Brieg

Arbeiter-Konfektion.
Dreumann, W., Neupf. 1. D. W. Mittel.

Bäckereien und Konditoreien.
Gottmann, Karl, Bismarckstr. 57.
Gottmann, Adr., Neupf. 15, Mittelstr. 5.
Höfler, Hermann, Bismarckstr. 46.
Kudell, Hermann, Ring 24, Billigste Bezugquelle für Konfekt. und Pasteten.
Schödl, Carl, Bismarckstr. 55.

Bierbrauereien.
Bierger Brauerei, Neupf. 15, Mittelstr. 5.
Bierger Brauerei, Neupf. 15, Mittelstr. 5.
Bierger Brauerei, Neupf. 15, Mittelstr. 5.

Brot-, Farben-, Veredelungs- u. Textilwaren.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Fahrräder, Nähmaschinen, Nähmaschinen.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.
Kaufhaus, Ring 30.

Erscheint 3mal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Jauer

Bierbrauereien.
Verenigte Jauer Brauereien.
Drogen, Farben, Seifen, Parfümerien.
Wafke, Ernst, Konsumvertriebs-Gesellschaft.
Fahrräder, Nähmaschinen.
Wils, Ferd., Reparatur-Werkstatt.
Kahl, Bernd., Gramophon u. Rep.-Werkst.
Glas-, Porzellan- u. Metallwaren.
Doffmann, G., Spiegel, Bilderrahmen.
Herren-Garderobe.
Kobbe, Hermann (Schuhwaren).
Herren-, Damen-, u. Kinder-Garderobe.
Dorn, Max, Landwehrstraße 13.
Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Schmalz, Carl, Burgstr. 7, Vergessener Schuhmacher u. Reparatur.
Möbel-Magazine.
Wilde, Hermann, Burgstraße 19.
Manufaktur- und Modewaren.
Wider, Theodor (Damen-Konfektion).
Dante, Hermann (Damen-Konfektion).
Neiger (Strick), Ring 4, % Rabatt.
Putz-, Weiss- und Wollwaren.
Reimann, H., (Damenkleider), 4% Rab.
Schuhwaren und Schuhmacher.
Schäfer, Gebr., Ring 11.
Burgstr. 11 (Reparatur-Werkstatt).
Spezial-Putzgeschäft.
Kraus, Anna, Trauerhüte in groß. Auswahl.
Uhren- und Goldwaren.
Gaudel, Franz, Volksstr. (Wohnheim).
Wider, Theodor (Damen-Konfektion).
Neiger (Strick), Ring 4, % Rabatt.
Zigarren, Zigaretten.
Doffmann, G., Landstr. 1, Bilderrahmen, Musikinstr.

Klettendorf.

Berufskleidung.
Anverricht, Paul, Berufskleid. für Smil. Arbeitergattung, nebst groß. Lager Herren-, Damen- u. Kinderkleidung.
Fleischereien u. Wurstfabriken.
Röhr, Karl, Kleiderstr.

Liegnitz

L. Wolf Söhne
Glas, Porzellan, Eiscngut, Emaille, Lampen, Guss- und Kuchengeräte, Galanterie und Spielwaren, Porzellan- und Spielwaren, Porzellan- und Spielwaren, Porzellan- und Spielwaren.
Abzahlungs-Geschäfte.
Popp, Carl, Nachl., Hauptstr. 28, 1.
Alkoholfreie Getränke.
Trinkt nur „Bilg, Sinalco“.
Arbeits- und Berufskleidung.
Gottschalk, J., Burgstr. 76, höchst. Ringe.
Bäckereien u. Konditoreien.
Engelhard, Reinhard, N. Hauptstr. 35.
Bierbrauereien, Bierverleger.
E. Dori & Co., Wallstr. 4, Reformbier, Reinhold, Hermann, Neue Hauptstr. 20.
Jul. Jüttner's Nachf., Hauptstr. 8.
Kiegniger Schloßbrauerei, G. m. b. H.
Nästen, Pinsel etc.
Wider, H., N. Hauptstr. 12, Verloftbldg.
Drogen und Farben.
Carthaus, Trög., Wenzelstr. 2, Carthausstr. 50.
Trög., gold. Becker, (Ink. G. Parf.) Jauerstr.
Fahrräder, Nähmaschinen.
Gammerl, Paul, Neue Hauptstr. 75.
Gatter, Paul, Breitenstr. 21.
Doffmann, H., Breitenstr. (Zig., Zigaretten).
Heute, R., Bismarckstr. 18, Rep., Schreibe.
Fleischereien u. Wurstfabriken.
Friedrich, Fritz, Hauptstr. 31.
Gendler, Paul, Hauptstr. 18.
Kobbe, Heinrich, Gertrudenstr. 2.
Kamm, Wip., Hauptstr. 100.
Winter, Paul, N. Hauptstr. 13.
Jabel, Fritz, Neue Hauptstr. 58.
Glas- und Porzellanhandlung.
Hirschberg, Helm., Burgstr. 58, Grabstr.

Glogau

Alkoholfreie Getränke.
Trinkt nur „Bilg, Sinalco“.
Schuhwaren und Schuhmacher.
Burger Schuhfabrik, Hauptstr. 55.

Goldberg

Bierbrauereien.
Reumann, Oswald, Dampfbrauerei.
Kaufhäuser.
Gebr. Rind, Ring 4/5, Beste u. billigste Bezugquelle für Zug-, Weib-, Woll-, Tüll-, Strampf-, Damen- u. Herrenwäsche, Herrenkleid., Kravatten.
Werke u. Eisenwaren.
Hübner, Victor, Faust- u. Kuchengeräte.
Manufakturwaren.
Sächl. Leinwand-Geschäft, Inhaber: H. Schmidt.

Haynau

Bäckereien.
Wondratsch, F., Brot und Semmel.
Fahrräder und Nähmaschinen.
Söng, Robert, Hauptstr. 4, (Zigaretten).
Galanterie- u. Spielwaren.
Engel, Richard, Ring.
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Terst, Joh., Ring 40 (Schuhwaren).
Ruge, Otto, Ring 1, Herren- u. Damenanzug.
Prinz, Theob., Arbeitstr., Woll-, Schnittm.

Hirschberg

Bau- und Möbelschreiner.
Grenberg, Reinhold, Bergmannstr. 8.
Bilder, Spiegel, Uhren, Musikwerke.
Rediger, H., Bergmannstr. 8, auch Zeit.
Damen-Konfektion.
Milke, G. A., Kasse, Markt, Rediger.
Drogen und Farben.
Braun-Progerie, Babenstraße 73.
Fahrräder, Nähmaschinen.
Lamm, Carl, Hauptstr. 26, Rep.-Werkst.
Schneider, Heinrich, Hauptstr. 20 (Reparatur).
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Wille, G. A., Größtes Spezial-Geschäft für Herren- u. Knaben- (als a. f. d. Brande).
Schmidt, W., Hauptstr. 10, Rep.-Werkst.
Gottwald, F., D. Hauptstr. 10, Rep.-Werkst.
Meyer, X., Hauptstr. 19, Herren- u. Knaben-Kleiderei.
Bamberg, W., (Damen-Garderobe).

Burghardt, J. W.

Papier- u. Schreibw., Buchbind., Bild., Kunst., Mittelstr. 46.
Kraus, Hermann, Hauptstr. 39.
Papier- u. Schreibw., Buchbind., Bild., Kunst., Mittelstr. 46.
Kraus, Hermann, Hauptstr. 39.

Milke, G. A.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Carl Enger, Lager, Ring 15, Glog. Hauptstr.
Kriger, August, N. Hauptstr. 1, (Reparatur).
Blauer, G., N. Hauptstr. 15, (Reparatur).
Lelme, W., Hauptstr. 1, (Reparatur).
Kraus, Hermann, Hauptstr. 39.

Milke, G. A.

Manufaktur- und Modewaren.
Grand, Louis, Ink. N. Hauptstr. 76, 1.
Ring 30, (als a. f. d. Brande).
Nehub, J., Kasse, Markt, Rediger.

Burghardt, J. W.

Musik-Instrumente.
Wittig, H., Nachl. (N. Hauptstr.), Ring 40.
Photographische Ateliers.
Hohl, Ulrich, Georgenstr. 14b, varierte.
Kochgeschirren.
Hübner, Carl, Mittelstr. 51.
Richter, Eugen, Hauptstr. 54.

Milke, G. A.

Berg- u. Seidengarn.
Wittig, Carl, Hauptstr. 32.
Jahn, Paul, Hauptstr. 11 (Sargfabrik).
Schuhwaren u. Schuhmacher.
Gottmann, Hermann, Mittelstr. 78.
Gottwald, F., Hauptstr. 10, Rep.-Werkst.
Kraus, Hermann, Hauptstr. 39.
Wilde, Franz, Hauptstr. 4.
Wilde, Franz, Hauptstr. 39.

Tsch. Conrad & Cie.

Special-Putz-Geschäft.
Wagner, G., Mittelstr. 53.

Strumpfabrikerel.

Uhren und Goldwaren.
Gull, Max, Neue Hauptstr. 56.
Kromer, Albert, Mittelstr. 53.
Manf. Paul, Hauptstr. 4, am Ring.
Wäsche, Wollwaren, Herrenart.
Schler, Karl, Hauptstr. 1.

Wohlfühlungen.

Zigarren, Zigaretten.
Nöbber, Hugo, Hauptstr. 18, Schreibe.
Krebs, Paul, Neue Hauptstr. 3.
Wittig, H., Hauptstr. 24, (Reparatur).
Schleifentuch, Paul, N. Hauptstr. 48.
Steinora, Ring, Hauptstr. 34.

Ohlau

Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Gard.
Dorsch, H., Ring 7 (Billigste Preise).
Lederbldg., Schuh- u. Sattl.-Bed.-Art.
Stubin, J., Hauptstr. 10.
Margarine, Kasse, Zigarren.
Niesel, Paul, Ring 92.
Putz-, Weiss- und Wollwaren.
Lamb, Carl, Hauptstr. 26, Hauptstr. 26.
Simon, Anna, Hauptstr. 58 (Reparatur).
Zigarren, Zigaretten, Tabak.
Schmidt, Paul, Hauptstr. 5.
Uhren- und Goldwaren.
Stolz, G., Hauptstr. 8, Hauptstr. 8.

Peitzertitz.

Bäckereien.
Griebel, Wilhelm, Peitzertitz.
Gemischtwaren.
Kraus, Carl, Peitzertitz, Zigaretten, Tabak.
Gemischt-Waren.
Berg, W., Hauptstr. 20, Hauptstr. 20.
Wäsche, Trikots, Herrenartikel.
Gammel, G., Hauptstr. 1, Hauptstr. 1.

Schmiedeburg

Gemischt-Waren.
Berg, W., Hauptstr. 20, Hauptstr. 20.
Wäsche, Trikots, Herrenartikel.
Gammel, G., Hauptstr. 1, Hauptstr. 1.

Strehlen

Drogen und Farben.
Doffmann, J., Hauptstr. 19, Hauptstr. 19.
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Brintzer, Karl, Hauptstr. 38.

Striegau

Eisenwaren, Küchengeräte.
Scholz, Oskar, Hauptstr. 14 (Hauptstr.).
Fahrräder, Nähmaschinen.
Schmidt, Paul, Hauptstr. 37, Hauptstr. 37.

Keilson, G.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Fischer, H., Hauptstr. 4.
Wagner, Hermann, Hauptstr. 8.
Kinderwagen, Reisekörbe, Leiterwagen.
Wagner, Max, Hauptstr. 3.
Manufaktur- u. Modewaren.
Schwabe, Reinhold, Ring, Hauptstr. 1.
Pelzwaren.
Becker, Paul, Hauptstr. 1, am Ring.
Schuhwaren u. Schuhmacher.
Carl Brühl, Nachf., Ring 32.
Gottmann, W., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.
Singer, Paul, Hauptstr., Hauptstr. 1.

Waldenburger Industrieerwer

Abzahlungs-Geschäfte.
Grüner, O., Hauptstr. 18.
Drauf, F., Hauptstr. 1.
Bäckereien u. Konditoreien.
Diermann, H., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Gottwald, F., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.

Automaten-Restaurant

Abzahlungs-Geschäfte.
Grüner, O., Hauptstr. 18.
Drauf, F., Hauptstr. 1.
Bäckereien u. Konditoreien.
Diermann, H., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Gottwald, F., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.

Waldenburger Industrieerwer

Abzahlungs-Geschäfte.
Grüner, O., Hauptstr. 18.
Drauf, F., Hauptstr. 1.
Bäckereien u. Konditoreien.
Diermann, H., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Gottwald, F., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.

Waldenburger Industrieerwer

Abzahlungs-Geschäfte.
Grüner, O., Hauptstr. 18.
Drauf, F., Hauptstr. 1.
Bäckereien u. Konditoreien.
Diermann, H., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Gottwald, F., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.

Waldenburger Industrieerwer

Abzahlungs-Geschäfte.
Grüner, O., Hauptstr. 18.
Drauf, F., Hauptstr. 1.
Bäckereien u. Konditoreien.
Diermann, H., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Gottwald, F., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.

Waldenburger Industrieerwer

Abzahlungs-Geschäfte.
Grüner, O., Hauptstr. 18.
Drauf, F., Hauptstr. 1.
Bäckereien u. Konditoreien.
Diermann, H., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Gottwald, F., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.

Waldenburger Industrieerwer

Abzahlungs-Geschäfte.
Grüner, O., Hauptstr. 18.
Drauf, F., Hauptstr. 1.
Bäckereien u. Konditoreien.
Diermann, H., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Gottwald, F., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.

Waldenburger Industrieerwer

Abzahlungs-Geschäfte.
Grüner, O., Hauptstr. 18.
Drauf, F., Hauptstr. 1.
Bäckereien u. Konditoreien.
Diermann, H., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Gottwald, F., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.

Waldenburger Industrieerwer

Abzahlungs-Geschäfte.
Grüner, O., Hauptstr. 18.
Drauf, F., Hauptstr. 1.
Bäckereien u. Konditoreien.
Diermann, H., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Gottwald, F., Hauptstr. 17, Hauptstr. 17.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.
Kraus, G., Hauptstr. 12, Hauptstr. 12.

Dittersbach.

Bäckereien und Konditoreien.
Metzger, Robert, Hauptstr. 102.
Gottmann, Robert, Hauptstr. 178.
Otto, Richard, Hauptstr. 8.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.

Herren-Garderobe.
Niederbayer, „Bild auf“, Hauptstr. 6.
Schneiders, Hauptstr. 18.
Semper, A., H., Hauptstr. 18.
Silbermann, M., Hauptstr. 18.
Zur gen. Adolf, Hauptstr. 18.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Baum, Carl, Hauptstr. 8.
Drauf, Arthur, Hauptstr. 33, Hauptstr. 33.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.

Herren-Garderobe.
Niederbayer, „Bild auf“, Hauptstr. 6.
Schneiders, Hauptstr. 18.
Semper, A., H., Hauptstr. 18.
Silbermann, M., Hauptstr. 18.
Zur gen. Adolf, Hauptstr. 18.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Baum, Carl, Hauptstr. 8.
Drauf, Arthur, Hauptstr. 33, Hauptstr. 33.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.

Herren-Garderobe.
Niederbayer, „Bild auf“, Hauptstr. 6.
Schneiders, Hauptstr. 18.
Semper, A., H., Hauptstr. 18.
Silbermann, M., Hauptstr. 18.
Zur gen. Adolf, Hauptstr. 18.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Baum, Carl, Hauptstr. 8.
Drauf, Arthur, Hauptstr. 33, Hauptstr. 33.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.

Herren-Garderobe.
Niederbayer, „Bild auf“, Hauptstr. 6.
Schneiders, Hauptstr. 18.
Semper, A., H., Hauptstr. 18.
Silbermann, M., Hauptstr. 18.
Zur gen. Adolf, Hauptstr. 18.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Baum, Carl, Hauptstr. 8.
Drauf, Arthur, Hauptstr. 33, Hauptstr. 33.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.

Herren-Garderobe.
Niederbayer, „Bild auf“, Hauptstr. 6.
Schneiders, Hauptstr. 18.
Semper, A., H., Hauptstr. 18.
Silbermann, M., Hauptstr. 18.
Zur gen. Adolf, Hauptstr. 18.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Baum, Carl, Hauptstr. 8.
Drauf, Arthur, Hauptstr. 33, Hauptstr. 33.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.

Herren-Garderobe.
Niederbayer, „Bild auf“, Hauptstr. 6.
Schneiders, Hauptstr. 18.
Semper, A., H., Hauptstr. 18.
Silbermann, M., Hauptstr. 18.
Zur gen. Adolf, Hauptstr. 18.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Baum, Carl, Hauptstr. 8.
Drauf, Arthur, Hauptstr. 33, Hauptstr. 33.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.

Herren-Garderobe.
Niederbayer, „Bild auf“, Hauptstr. 6.
Schneiders, Hauptstr. 18.
Semper, A., H., Hauptstr. 18.
Silbermann, M., Hauptstr. 18.
Zur gen. Adolf, Hauptstr. 18.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Baum, Carl, Hauptstr. 8.
Drauf, Arthur, Hauptstr. 33, Hauptstr. 33.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.
Gottmann, Carl, Hauptstr. 27 a.

5. Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise.

Das zweite Referat am Freitag hielt Dr. von Stojenitz, Generalsekretär der Landwirtschaftskammer von Pommern, über die

Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Landwirtschaft.

Die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten ausländischen Arbeiter hat von Jahr zu Jahr in erschreckendem Maße zugenommen. In 160 ländlichen Kreisen hat die Abwanderung in den Jahren 1900—1905 über 3 Millionen betragen. Es ist zur Zeit keinerlei Möglichkeit denkbar, den Arbeitsbedarf in der Landwirtschaft ohne ausländische Arbeiter zu decken. Typisch für die östlichen Provinzen Preußens sind die Verhältnisse in Pommern. Hier sind von 1895—1900 durch Abwanderung 22.600 Personen der Landwirtschaft verloren gegangen, von 1900—1905 62.300. Der Bedarf an Arbeitskräften hat sich durch Verstärkung des Ackerbaues vermehrt und beträgt 40.000. Bei steigender Verminderung der einheimischen Arbeiter hat sich die ausländische Arbeiterzahl ständig vermehrt. In Pommern wurden 1900 9000 ausländische Arbeiter beschäftigt, 1905 28.000; in ganz Deutschland wurden ausländische Arbeiter beschäftigt, 1905 200.000, 1909 325.000. Mäander Arbeitgeber hat in früherer Zeit in Vertretung des eigenen dauernden Vorteils und aus Bequemlichkeit die alte einheimische Arbeiterkraft ruhig abwandern lassen und die billigeren russischen Arbeiter herangezogen. Bald aber sind diese Arbeiterkraftschichten schweriger zu behandeln zu werden. Die Schwierigkeiten der Beschaffung dieser Arbeiterkräfte aus dem Ausland zeigen sich ständig, ebenso die Nutzen. Die beschäftigten jetzt schon 150.000 griechisch-talysische Arbeiter. Nach dem Bericht der Zentralarbeitszentrale sind vom 1. Januar bis 1. Oktober 1909 565.000 legitimierte ausländische Arbeiter aus dem Osten in Deutschland beschäftigt gewesen.

Redner beschäftigt sich eingehend mit der Tätigkeit der Zentralarbeitszentrale, der er die größte Bedeutung beilegt und betont, daß die zentralistische einheimischen Verhältnissen wirtschaftliche und nationale Vorteile bieten. Die Vorteile sind auch ständig geblieben. Seit 1906 ist ein rapides Steigen der Provision für die Beschaffung von Ausländern zu bemerken. Alle Russen werden mit 33 Mark, für Galizier 20 Mark allein an Provision gezahlt. Die einst so billigen ausländischen Arbeiterkräfte sind heute so verteuert, daß sie nur noch ausnahmsweise billiger sind als die einheimischen Arbeiterkräfte. Deshalb bietet die Beschäftigung ausländischer Arbeiter dem Landwirt keinen materiellen Vorteil. Der ausländische Arbeiter ist im höchsten Maße zum Kontraktarbeit gezwungen. 1909/10 sind in Pommern 3600 bzw. 4300 ausländische Arbeiter kontraktmäßig geworden. Wie der Redner betont hat, überwiegend die Nachteile die Vorteile. Die größten Gefahren der Beschäftigung ausländischer Arbeiter sieht Redner in folgenden Sägen zusammen:

1. In der allgemeinen Abgabe ungezählter Millionen für Saisonarbeiter an das Ausland.
 2. Durch indirekte Heberhaltung der Löhne zum Nachteil der inländischen Arbeiter, wodurch die Landflucht gefördert wird.
 3. In der Schädigung vieler Landwirte durch kontraktmäßige Arbeiter.
 4. In der Stärkung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung und in Verbindung einer Liberalisierung der Arbeitnehmer und zum Teil auch der Arbeitgeber.
 5. In dem verderblichen Einfluß auf Sitten und Gebräuche der einheimischen Landbevölkerung.
 6. In der Abhängigkeit der deutschen Landwirtschaft und von ganz Deutschland von den ausländischen Staaten.
- Es sei ganz zweifellos, daß uns nicht auf die Dauer Arbeitskräfte in unbeschränkter Weise zur Verfügung stehen werden. Alle einheimischen Landwirte, vor allem die maßgebenden Stellen der landwirtschaftlichen Vertretungen, sind der Meinung, daß bald nachdrücklich Wandel geschaffen werden müsse. Wir müssen sobald als möglich wieder auf eigene Füße gestellt werden. Ueber den Ernst der Lage darf man sich nicht täuschen. Gesetzliche Maßnahmen zu fordern, um die Zufuhr ausländischer Arbeiter zu verhindern, ist nicht möglich. Es würde damit eine ungeheure soziale Katastrophe herbeigeführt werden. Der Zusammenbruch zahlloser landwirtschaftlicher Existenzen würde die Folge sein. An dereinst ist die Gefahr so groß, daß Mittel und Wege gesucht werden müssen. Diese Mittel müssen in der Erkenntnis gegeben

den Ursachen der Abwanderung der Arbeiterbevölkerung vom Lande nachzugehen. Dazu gehört eine eifrige Wohlfahrts- und Heimatspflege, bessere Löhne, bessere Wohnungsverhältnisse, innere Kolonisation, Aufhebung der Arbeiter auf eigener Scholle, Förderung der Rückwanderung, Ausbau der Arbeitsnachweise zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage in Stadt und Land. Sache der Städte und ihrer Bewohner wird es aber sein, die ausländische Arbeiterkraft nicht wohlwollend aufzunehmen wie dies vielfach geschieht, ferner auch der Zuwanderung vom Lande einen Damm entgegenzusetzen und nicht durch unheilvolle Maßnahmen, wobei auch die Arbeitslosenversicherung zu zählen ist, ihr noch Vorstoß zu leisten. Mit all diesen Mitteln werden wir aber kaum zum Ziele kommen, wenn nicht Bessere getroffen wird, daß die landwirtschaftlichen Betriebe sich ausweisen verjüngen können, auch wenn sie inländische Arbeiter beschäftigen und gut einlöbten. Die Wirtschaftslehre wird mitempfunden müssen mit uns, das Problem der ausländischen Arbeiterfrage zu lösen und die deutsche Landwirtschaft wiederum auf eigene Füße zu stellen. (Vehescher Beifall.) Dr. Venikowitsch-Matthewsky sprach über die

Beschäftigung ausländischer industrieller Arbeiter.

Die Zahl der in Deutschland in der Industrie beschäftigten ausländischen Arbeiter betrug 1907 140.000, davon entfielen 13,1 Prozent auf Arbeiter aus den östlichen Nachbarstaaten, 18 Prozent auf Italiener, 10 Prozent auf die Niederlande. Bei weitem die größte Zahl dieser ausländischen Arbeiter sind unpolnische Arbeiter, abgesehen vom Bergbau, wo 10 bis 30 Prozent polnische Arbeiter sind. Die ausländischen Arbeiter sind dem deutschen Arbeiter in der Arbeitsleistung nicht überlegen. Sie zeigen eine große Neigung zum Kontraktarbeit und gefährden die Sicherheit der Betriebe. Wenn die Industrie trotz dieser Nachteile dennoch in solchen Umständen ausländische Arbeiter beschäftigt, so erklärt sich das an der dringenden Notwendigkeit. Dazu kommt die wachsende Abwanderung der deutschen Bevölkerung in unangenehmen Weiten. In Oberitalien herrscht seit Jahren Arbeitsmangel an Handwerksgehilfen. Aber es war unmöglich aus Preußen oder aus dem Osten Arbeiterkräfte heranzuziehen. Ebenso wenig war es möglich, die oberitalienischen Roman-Industrie-Arbeitskräfte heranzuziehen aus Städten in denen Arbeitslosigkeit herrscht, während der Maschinenbau noch auf beschäftigt war. Möglich wäre es ja, daß die Abwanderung der Arbeiterkräfte ein einseitiges Ausgehen in Italien würde. Aber ich glaube, daß auch da nichts zu machen wäre, wenn wir nicht die Mittel zur Abwanderung der Arbeiter einführten. Auch ist es anzunehmen, daß die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Industrie selbst bei an der Arbeiterlosigkeit der inländischen Arbeiter. Die ausländischen Arbeiter haben aus Vorteile aus der Beschäftigung der ausländischen Arbeiter, da diese ihnen mündelartige Arbeiten abnehmen. Jedemfalls werden die Löhne durch die ausländischen Arbeiter nicht herabgedrückt. Die hässliche Behauptung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter hat für die Landwirtschaft eine geringere Bedeutung als für die Industrie. Die Grenzen sind gerade in die Monate, in denen die Industrie stark beschäftigt ist. Für die oberitalienische Romanindustrie erwies sich die Arbeitszeit als sehr schwer und drückend. Der Gefahr der Beschäftigung der polnischen Arbeiter ist verwandt gering. Der Lohnunterzwang mag im allgemeinen Staatsinteresse abzuwehren sein und für die Landwirtschaft ist er auch wirtschaftlich von Vorteil. Für die Industrie bedeutet er nur Schrecken und Kosten. Aber die Industrie würde sich damit abfinden. Jedoch sei bezüglich der Arbeitszeit eine Abhilfe oder Erleichterung dringend in Erwägung zu ziehen. Die Industrie kann, so nutzen sie die ausländischen Arbeiter nicht, sie nicht einbringen. Eine Verminderung des Lohnes würde verhängnisvolle Folgen haben. In jeder derartigen Maßnahme, die die Arbeitsnachweise absichtlich, stellt man die Konkurrenz des Auslandes, namentlich Amerikas.

In der Debatte sprach als erster Redner Professor Dr. v. Stojenitz vom Institut für Wirtschaftswissenschaften in Breslau. Durch eingehende Untersuchungen über die Abwanderung ist erwiesen, daß die wirtschaftliche Lage der Leute nicht verbessert wird. Der ländliche Arbeiter ist in weiten Gebieten ein fleißiger Unternehmer. In der Großstadt ist er Proletariat. Durch großzügige Maßnahmen müßte der ländliche Arbeiter auf die Gefahren hingewiesen werden, die ihn in materieller, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung in der Großstadt erwarten. Die Städte wenden jährlich 100.000 Mark für Kostnadsarbeiten auf. Einen Teil davon sollten sie verwenden zur Rückwanderung der Landarbeiter durch Gewährung verzinslicher Darlehen. Wir müs-

sen unter allen Umständen unabhängig werden von den ausländischen Arbeitern. Das ist aber beim heutigen starken Gedrängnis mit seiner schlechten Arbeitsverteilung unmöglich. Anders würde es sein, wenn wir übergehen zum Futterbau und zur Bodenvirtschaft, verbunden mit starker Viehhaltung. Dann würden wir weniger Arbeitskräfte brauchen und es wäre eine bessere Arbeitsverteilung möglich. Die Volksernährung würde hierdurch nicht beeinträchtigt werden. Es bliebe nur die Frage der Rentabilität, die allerdings wichtig genug ist. Unseren Landwirten kann nicht zugemutet werden, aus volkswirtschaftlichen oder nationalen Rücksichten zu einem Wirtschaftssystem überzugehen, bei dem die Verzinsung nicht gewährleistet ist. Es wird sich allerdings wohl von selbst eine Veränderung des Betriebssystems aufzeigen. Da ist es notwendig, rechtzeitig diesen Vorgang zu erkennen, damit sich unsere deutsche Landwirtschaft beizeiten einrichten kann. Es wäre notwendig, Betriebsbetriebe einzurichten, in denen dieses Wirtschaftssystem unterrichtet wird.

Dr. v. Stojenitz sprach von unabweislichen Maßnahmen der Städte und bezog sich als eine solche die Arbeitslosenversicherung. Er bin der Meinung, daß eine gut organisierte Arbeitslosenversicherung auch ein wesentliches Mittel ist, um abgewanderte Arbeiter auf das Land zurückzuführen. Eine gute Versicherungsordnung hat nur dann für zu sorgen, durch entsprechende Bestimmungen die Pflicht aufzuerlegen, daß der Arbeiter eine ihm zugewiesene angemessene Arbeit übernimmt. Für einen auf dem Land geborenen Arbeiter wäre die Landarbeit als passende Arbeit zu betrachten. (Zustimmung.) Damit hätte man ein Mittel zur Rückwanderung in der Hand, welches man aber nur vorgehen, wenn die Arbeitslosenversicherung über das ganze Land oder wenigstens über große Bezirke hin erstreckt. (Vehes. Zustimmung.)

Dr. v. Stojenitz, Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission, sprach über die Mittel zur Vermeidung der Landflucht und die Förderung des ungeschulten Saisonarbeiters für Landarbeiter anzuweisen. (Zustimmung.) Eine Ursache der Landflucht besteht darin, daß die Arbeiter sich nicht frei kaufen können. Dann tabelliert der Arbeiter die niedrige Lohnrente für Landarbeit. Auch die Arbeiter haben denken gelernt und ihnen kommt die Unerschaffenheit von Bewußtsein, wenn sie sehen, wie ganz anders die Arbeiter in Industrie und die vom Lande bei der Verteilung der Einkünfte beteiligt werden. Herr v. Stojenitz hat gesagt, daß zehrende Fälle von Kontraktbruch vorkommen. Können diese aber nicht verhindert werden, daß die Herren Landwirte, sobald sie Ausländer auf ihren Ackerfeldern haben, sich nicht mit diesen einlassen, was sie für allzu gut verkaufen haben. Die neuen Leute, die keine Militär in der Heimat sind, sind in der Regel nicht zu haben, bedenken sich, in die ungleichen Verhältnisse auf dem Lande zurückzuführen. Das ist aber gut so. (Lachen und Beifall.)

Referat Dr. Müller-Friedrichshagen: Eine gesetzliche Regelung des Saisonarbeitsvertrages wäre durchaus nötig. Fabrik- und Gewerkschaften sollten sich in der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe, wie die Kleingärten usw., die Schlaraffenland höher anschauen. Auch eine Verbesserung der Löhne in wünschenswert, ebenso eine Reform der Lohnbestimmung. Man ermöglicht sich der Ausbau des Saisonarbeitsvertrages, damit die Arbeiter wenigstens am Sonnabend zu ihrer Familie zurückkehren können. Damit wird die Landflucht wieder ausglichlicher werden und die städtische Arbeiterkraft sich bereit zeigen, auf dem Lande zu arbeiten.

Schulenburg-Strahburg (Arbeitervertreter): Man müsse sich gegen die Behauptung des Referenten protestieren, daß die Industrie ohne ausländische Arbeitskräfte nicht auskommen könne.

Landestat Hansen-Riel: Wir müssen die Tätigkeit der Saisonarbeiterzentrale möglichst einzuschränken suchen. Die Zentralarbeitsnachweise sollten zusammenarbeiten. Die Bestimmungen, daß für ausländische Arbeiter nur die Hälfte an Sozialbeiträgen zu zahlen ist, ist verhängnisvoll und wird vielfach von den Landwirten als Begünstigung der Ausländer vor den Inländern betrachtet. Leider ist der Vorwurf von Brückner berechtigt, daß der Jahresarbeitsvertrag für die Berechnung der Lohnrente für Landarbeiter weit unter der Wertigkeit steht. Die Landwirte scheinen sich selbst ins Fleisch, wenn Sie nicht die Hand bieten, daß andere Sätze Platz greifen.

Beigeordneter Regierungsrat Dominicus-Strahburg: Bei städtischen und staatlichen Arbeitern sollte im Kontrakte festgesetzt werden, daß in erster Reihe einheimische, dann deutsche

Briefe aus dem Orient.

Don Parvus.

Sofia, 22. Oktober 1910.

Hier in Bulgarien pulsiert ein regeres Geschäftsleben. Man merkt es sofort, wenn man von Belgrad nach Sofia kommt. In den breiten, ebenen, im Zentrum gepflasterten, weiten, gut beschatteten Straßen ein starker Verkehr, ein Menschenmenge, Durcheinander von Fußgängern, die nicht, wie die spärlichen Passanten Belgrads, müßig dahinschlendern, sondern geschäftig eilen, wie in Berlin; Lastfuhrwerke ziehen schwerbeladen dahin, die neuen großen Transporthwagen mit breiten Fenstern durchschneiden majestätisch die Straße, auf munterem Zweigespann — die kleinen, starken Pferde sind den finnischen ähnlich — rollen in einem scharfen Trab die Droschken. Das orientalische Element geben hier nur die Bauern ab in ihrer Nationaltracht. Abgesehen davon, ist Sofia durchwegs eine europäische Stadt. Keine Fabrikstadt, wie die Städte der sächsischen Provinz, nicht so still wie jene Ostiens, weniger lebhaft als die rheinischen Städte, nicht so reich an neuer Architektur wie Helzingsfors, diese modernste Stadt Europas, erinnert mich Sofia am meisten an das geschäftige und freundliche Stuttgart. Mit diesem hat Sofia auch den Berggürtel gemeinsam, der die Stadt umsäumt. Die Bauart ist einfach. Die Kirchen sind massiv und plump. Besonders eine, in einem langen Rechteck gebaut, mit kleinen, schwarzen Kuppeln und abgerundeten Ecken, sieht wie ein Panzergeschiff aus, das nur darauf wartet, vom Stapel gelassen zu werden, um gravitätisch und gefahrdräuhend wegzuschwimmen. Das gewaltige Haus der neuen Mineralbäder, im Zentrum der Stadt, ist im gleichen Stil gehalten, nur daß hier durch das breitere Ausmaß der Dimensionen eine mehr monumentale Wirkung erzielt wird. Sehr hübsch ist die noch aus der Türkenzeit überbliebene, offenbar der Agia Sophia in Konstantinopel nachgebaute Moschee. Es ist dies ein gefälliger breiter Kuppelbau mit einem tiefen Vorräum auf schlanken, leichten Säulen und einem Minaret daneben, der wie ein Pfeil zum Himmel emporsteht. Obwohl die Ansiedelung noch aus der Römerzeit stammt, hat Sofia als Stadt — die Moschee nicht gerechnet — keine

Tradition. Die Stadt ist neu, amerikanisch nach einem voraus bestimmten und einfachen Plan — breite Straßen, die sich unter einem rechten Winkel schneiden — aufgebaut. Eine Leistung des Stambulischen Regimes. 1889/92 wurde die alte Stadt niedergeworfen, und die ärmere Bevölkerung übersiedelte nach den Außenbezirken, wo sie sich neu anbaute. Das Wachstum dieser Stadt vollzog sich vor den Augen der lebenden Generation, es liegt deshalb in seinen kapitalistischen Beziehungen klar zutage.

Der erste Akt der vorwärtigen Bourgeoisie war die Expropriation, die gewalttätige Enteignung der früheren Hausbesitzer. Man bezahlte sie, aber man ließ ihnen keine Wahl, ob sie verkaufen wollten oder nicht, man verlegte ihr Eigentumsrecht, das die Tradition der Jahrhunderte hinter sich hatte. Man bezahlte den Preis, den der Boden damals hatte. Aber wo es keinen Verkehr gibt, da hat nur das Haus einen Preis, nicht der Boden. Man zahlte etwas mehr als nichts und das erschien auch schon viel. Aber man betrog diese kleinen Leute um ihre Zukunft: denn, wenn sie auf dem Platz geblieben wären, wo ihre Wiege und vielleicht die Wiege ihrer Väter stand, so wären sie jetzt reiche Grundeigentümer. Man zerstörte nebenbei ihre Existenz auch dadurch, daß sie den Platz verlassen mußten, wo seit uralter Zeit ihre Werkstatt oder ihr Handel ihren Stand hatten. Und als sie anfangen, auf dem neuen Lande, das zu einem billigen Preis ihnen überlassen wurde, zu bauen, da merkten sie bald, daß ihnen das Geld nicht ausreichte, um, zumal nach den Anforderungen, die der neue Stadtbauplan stellte, sich anzubauen. Sie verkauften darum einen Teil ihres Landes, um Häuser errichten zu können. Die reicheren Leute haben von vornherein ihren Besitz gehalten, und ein Teil von ihnen warf sich auf die Grundstückspekulation. Sie kauften Land, wo sie nur kaufen konnten, und waren bald im Besitz gewaltiger Komplexe.

Die Stadt wuchs rasch. Der Staat mit seinem militärischen, fiskalischen und politischen Apparat zog ein Heer von Beamten, Lieferanten und sonstigen Geschäftsleuten heran. Kaufleute, die den Handelsverkehr mit dem Lande konzentrierten, Gewerbetreibende, Schulen und Schullehrern, Kommiss und sonstige Handelsgeschäfte. Ein Postamtverkehr entwickelte sich und die Hotels wuchsen empor.

Der Kleinkrämer. Das ging alles ganz einfach zu und führte ein das andere. Die Kommune selbst entwickelte eine emsige Tätigkeit durch Kanalisationen, Pflasterung, Straßenbeleuchtung usw. und zog auf diese Weise ebenfalls Leute in die Stadt. Der Wohnungsbedarf stieg.

Die neuen Hauseigentümer kauften ihr Land bereits aus zweiter Hand: von den Grundstückspekulanten und der Kommune, die es in einzelnen Parzellen verauktionierte. Sie besaßen kein Geld, um die gestiegenen Preise zu bezahlen und nahmen Hypotheken auf. Der ganze bebaut Grund und Boden der Stadt ist jetzt verpfändet, und zwar zum Teil bei der Nationalbank, das ist der Staatsbank, die auch die Rentenemission, das Depositengeschäft und den Wechselverkehr besorgt und so als Universalbank aufzufassen ist.

Die Bodenpreise sind enorm gestiegen. Im Stadtzentrum zahlte man vor zwanzig Jahren 20 bis 30, höchstens 50 Franken per Quadratmeter, jetzt kostet er 400 bis 500 Franken; in der Umgebung war der Preis früher 1/2 bis 1 Frank, jetzt ist er 20 bis 30 Franken. Der Hypothekenzins ist hier 7 Prozent, der Hauseigentümer rechnet mit 8 bis 10 Prozent netto. So ist eine Wohnungssteuer entstanden, die noch diejenige der westeuropäischen Städte übertrifft. Eine Wohnung von 2 Zimmern und Küche kostet hier 60 Franken monatlich, man rechnet im Durchschnitt 360 Franken im Jahre per Zimmer, also mehr als in den neuen Stadtvierteln von Berlin, München und Wien, ohne daß die Wohnungen auch nur im geringsten den Vergleich mit den modernen Bauten jener Städte aushalten könnten.

Am der Spitze des Grundstücksverkehrs stehen etwa 20 Geschäftleute, darunter 5 bis 6 Großspekulanten die Führung haben. Einer darunter besitzt allein noch jetzt circa 200.000 Quadratmeter freies Land. Die Zahl der Mietshäuser ist hier noch verhältnismäßig gering. Die meisten Geschäftsleute und bessergestellten Beamten besitzen eigene Häuser. Die weitere Entwicklung ist nicht schwer vorauszu sehen. Sofia zählt jetzt etwa 100.000 Einwohner. In zwanzig Jahren werden es mindestens 200.000 sein. An Stelle der zweistöckigen Häuser werden vielfach vierstöckige treten. Im Stadtzentrum werden große Geschäftshäuser emporwachsen. In den Arbeitervierteln

und dann erst ausländische Arbeiter beschäftigt werden. Die Arbeitsnachweise sind in der Lage, das zu kontrollieren. **Rechtliche Lage:** Man schaffe die Not der Leute ab, dann werde auch die Leute aufhören. **Hartmann-Berlin,** Vertreter der Dirsch-Tandereichen Gewerkschaft: Die Landrenten werden die Landwirte nachvermeiden. (Zustimmung.) Man zieht aus dem Auslande zweifelhafte Elemente als Streikbrecher heran. Man wendet sich gegen den Vorschlag von Professor Spielmann, die Arbeitspflicht bei der Arbeitslosenversicherung einzuführen. Wollte man die Leute, die auf dem Lande geboren sind, aber jahrelang in der Stadt gelebt haben, und der städtischen Verhältnisse entwöhnt sind, zwingen, aufs Land zu gehen? Aus politischen Gründen werden die Arbeitgeber diese Leute gar nicht auf dem Lande haben wollen.

Joseph Wacker, Vertreter der Kräftlichen Bauarbeiter, Berlin, fragt, warum man Ausländer auswähle, wenn es sich organisierten. Man müsste nach amerikanischen Muster die Zulassung ausländischer Arbeiter an gewisse Mindestleistungen knüpfen.

Friedrich-Strasburg bemängelt die Verdrängung ländlicher Arbeiter durch die Städte. Es müsste erst das Arbeitsamt entscheiden, ob ein Notstand vorliegt.

Im Schlusswort des Professor E. Lehmann aus der Fakultät der Rechte, daß für die Unternehmer aus praktischen Gesichtspunkten die Verwendung von Ausländern vorzuziehen sei. Es handelt sich viel weniger um die Löhne, die im allgemeinen auch schon ziemlich hoch seien, es sei vielmehr dem Unternehmer bequemer, Ausländer zu verwenden. Als zweiten Grund für die starke Verwendung von ausländischen Arbeitern konnte im Nachsatz, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise von den Arbeitgebern nach zu wenig benutzt werden. Man richtet einen Appell an die Arbeitgeber, in Zukunft nicht zu verschmähen, die öffentlichen Arbeitsnachweise in Anspruch zu nehmen. Es geht durch unsere sozialpolitische Gesetzgebung der Zug, daß die Wohlfahrt am besten gedeihe, bei einem gemeinsamen Arbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wenn man die Ideale, die die Arbeiterbewegung im Auge trägt, etwas berücksichtigen werde es sicher besser gehen. Die Arbeitgeber müßten als sozialpolitische und wirtschaftlich klarer denkende aus nationalem Interesse die Hand bieten zu einer Verständigung. Sie werden dann für sich das Verdienst in Anspruch nehmen können, daß sie es gewesen sind, die eine Sozialgesundheit unserer Verhältnisse herbeigeführt haben. (Vehementer Beifall.)

Mit Schluß- und Dankworten schloß hierauf der Vortragende, Dr. Richard Freund, die Tagung.

Aus Oberschlesien.

Der rote Gemeindeführer.

In Oberschlesien, wo Schnapslächer, Rosenkränze und Polizei die Herrschaft führen, ist etwas Außergewöhnliches passiert. Dort wurden im Frühjahr dieses Jahres nicht nur einige sozialdemokratische Gemeindeführer gewählt, sondern kürzlich sogar einer von diesen zu dem Amt eines Gemeindeführers bestimmt. Als die Tatsache bekannt wurde, bekam die lokale Presse einen förmlichen Wutanfall. Was aber unendlich war, denn im Lande der junkerlichen Landräte wird schon dafür gefagt, daß kein „Unheil“ auf diese Weise entstehen kann. Prompt griff auch der Landrat des Kreises Kofel ein, und verlagte dem Genossen Koch in Ostronitz, der zum Gemeindeführer gewählt war, die Bekämpfung. Gründe braucht ein kreislicher Landrat in einem solchen Falle anscheinend nicht mitzuteilen, wenigstens war es hier nicht der Fall.

Der Gemeindevorsteher setzte daher für den 16. Oktober eine Neuwahl des Schöffens an. Da dies aber nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprach, beschwerte sich Genosse Koch beim Kreisaußenrat, mit dem Erfolge, daß die Wahl für den 23. Oktober anberaumt wurde. In dieser Sitzung wurde nun ein anderer Gemeindeführer gewählt. Der auf dieses Amt reflektierende Gastwirt Kleinert, der sich als Sozialistenfeind einen Namen machen will, fiel durch. Ostronitz ist vor dem Umsturz durch einen roten Gemeindeführer betrauert. Der Landrat hat aber auch nicht die Genehmigung, daß ein Sozialistenfeind gewählt wurde.

Wie notwendig aber eine starke sozialdemokratische Gemeindevorstellung ist, das beweisen wieder einmal folgende Vorfälle: Am 2. Oktober war Abends gegen 9 Uhr ein Schulzimmer hell erleuchtet und eine Anzahl Männlein und Weiblein benutzte das Schulzimmer als Tanzsaal. — Als am 16. d. Mts. die Gemeindevorstellung im Schulzimmer zur Sitzung erschienen, fanden sie die Schulstube in einem Trübsand zu sehen verwandelt. Sollten dem Schulvorsteher, dem Amtsboten und königlichen Kammerpächter, Ökonomenat Zanegki, der doch sonst sehr auf Ordnung steht, die Vorgänge unbekannt geblieben sein, so unterbreiten wir sie ihm hiermit.

Solche Dinge kommen in Ostronitz vor, wo die dritte Klasse der Gemeindevorsteher Sozialdemokraten sind, und wo man etwas vorsichtig ist. Wie sieht es nun erst in den anderen Dörfern aus, wo der Merkantilismus unerschrocken herrscht. Diese ostelbischen Zustände werden auch hier, sehr zum Verdruß unserer Massen, langsam verschwinden, dafür werden die Sozialdemokraten und deren nicht beständiger „roter“ Gemeindeführer sorgen.

Nattowitz, 30. Oktober. Stabberordnungen. Die letzte Sitzung unserer Stabväter zeigte wieder mal recht drastisch, daß dieser jeder Sinn für ein Geschäft abgeht, und daß alles dem Privatkapital zugestanden wird. Neben dem Kleinbahnbau von Bogutschitz über Nattowitz-Schwarz nach Nawaiche referierte Herr Pfisterius und bemerkte, daß zwei Firmen sich um den Bau bewerben haben. Er empfahl der obersteleischen Kleinbahn-Aktion-Gesellschaft den Bau zu übertragen, die habe zwar eine andere Tare als die Firma Becker u. Co. Berlin, aber sie habe sich bereit erklärt, daß die Stadt sich am Gewinn (?) beteiligen könne. Dem Antrag stimmte die Versammlung zu. Jetzt kam das Schröpfen des Publikums loszugehen. Daß die Stadt auch nur einen Pfennig bekommt, glaubt vorläufig kein Mensch. Dann kam mal wieder eine Nachforderung von 210 Mark für das völlig verfehlte Projekt der Fleischhalle. Die ganze Nachforderung beträgt 20.300 Mark. Als einziger Trost konnte der Bürgermeister Pohlmann nur sagen, daß der ausführende Messingbaumeister die Halle als eine „leistungsfähige Schöpfung“ bezeichnet habe. Die Halle, die nun schon 120.000 Mark kostet und sicher noch einige Nachforderungen zeitigen wird, soll nach Pohlmann eine jährliche Einnahme von 15.000 Mark bringen. Herr Pohlmann hat aber vergessen, die laufenden Ausgaben hinzuzufügen, und dann erscheint die Summe jedem Kenner der Verhältnisse als viel zu hoch gegriffen.

Dann kam das langbesprochene, nämlich die Pensionierung des Dr. Ladislaus Rosemann, der ein Gehalt von 5800 Mark bezieht und das so frant sein soll, daß er, obwohl erst 43 Jahre alt, dienunfähig ist. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, dem Antrag stattzugeben und die Pension auf 3000 Mark festzusetzen. Dieser Beschluß wird in der Bürgerschaft großes Versehen hervorrufen, wie so viele andere Pensionierungen, die der Stadt eine Unsumme Geld kosten und dabei hat sich ein Teil der Pensionäre an einem anderen Orte einen neuen Beruf gewählt, in einem Falle sogar den Beruf eines Rechtsanwalts und Notariats übernommen. Jeder, der Herrn Rosemann kennt, wird den Kopf über diesen Beschluß schütteln, zumal das plötzliche Ausscheiden aus dem Dienst, damals zu allerhand Mutmaßungen Veranlassung gab und mit Familienangelegenheiten in Verbindung gebracht wurde. Die Bürgerschaft glaubt einfach an die Krankheit nicht, und ist der Meinung, daß Rosemann einen weniger aufreißenden Posten noch sehr gut versehen kann. Die Steuerzahler hätten die 3192 Mark weniger brauchen.

Oleisitz, 29. Oktober. Straßensraub. Am 26. d. M. wurde ein Eisenbahnarbeiter am Abend auf dem Heimwege vom Dienat an der Taxenwitzer Chauffee, in der Nähe der Biererei von Giesler und Janach, von drei jungen Leuten angefallen. Er erhielt von einem der Straßendiebe einen Schlag ins Gesicht, daß er in den Chauffeezacken fiel. Während zwei der Unholden den im Graben Liegenden festhielten, revidierte der dritte ihn die Taschen. Geraubt wurden ein selbstgefertigter hochleuchtender Goldbeutel, enthaltend 12 Mark, ein Taschmesser mit zwei Klappen, Kesselschieber und Goldschalen, drei Schlüssel mit einer Schnur zusammengebunden und ein Hund Pfiffwerk. Die Straßendiebe ergriffen die Flucht nach Petersdorf zu. Anschließend handelt es sich um dieselben Durschen, die vor wenigen Wochen einen Arbeiter auf die gleiche Art seiner Barschaft beraubten.

Deutsches C. Sch., 30. Oktober. Ein soziales Elendsbild. Das Schlafstellenwesen, das schon so oft und gerade in Oberschlesien Ursache mancherlei Verbrechen gewesen ist, erfährt am Freitag vor dem hiesigen Schwurgericht eine neue Beleuchtung. Wegen versuchten Mordes hatte sich der Grubenarbeiter Carl Casardeboren aus Rawositz, und wegen Anstiftung hierzu die Ehefrau Katharina Kurzas zu verantworten. Gardeborn war von den Eheleuten Kurzas im August v. J. in Kost und Logis genommen worden. Zwischen dem C. und der Frau K. kam es bald zu einem Liebesverhältnis, was auch dem Ehemann K. nicht unbekannt blieb. Dieser aber sagte in nächstem Zustande nichts. Von diesem Verhältnis erfährt die Polizei, die der Frau K. das Halten von Logisleuten verboten, weil die Wohnung den Polizeivorschriften nicht entsprach. C. mußte fortziehen, was ihn aber nicht hinderte, weiter mit Frau K. zu verkehren, besonders zu einer Zeit, wo der Mann in Arbeit war. Nun kam es zwischen C. und Kurzas, besonders wenn letzterer betrunken war, wiederholt zum Streit. Dieser hatte zur Folge, daß K. in einer Nacht mit dem Messer auf die im Bett liegende Frau und Kind schach, in der Meinung, der Schlafbürsche liege darin. Für diese Tat wurde er mit Gefängnis bestraft. Frau K. will seit jener Nacht sich vor ihrem

Mann gestrichelt haben, und hat angeblich C. zu bereden versucht, ihren Mann zu erwidern. Am 28. Januar gingen die beiden Männer nach Nattowitz, wo sie in verschiedenen Wäldern mehrere Liter Schnaps tranken. Als sie spät Abends nach Hause gingen, führte C. den sehr betrunkenen K. ein Stück die Chauffee nach Emausleben, plötzlich schlug er ihn auf den Kopf, brachte ihn mit einem scharfen Gegenstände mehrere Minuten bei und warf ihn, da er ihn tot glaubte, in den tiefen Chauffeezacken. Nun ging er nach seiner Wohnung im Emausleben und dann nach dem Bettlager zurück, wo er schlief. Am Morgen wurde er von einem Arbeiter gefunden, der ihn auf dem Kopf schlug und brachte ihn nach dem Krankenhaus bringen ließ. Schon am anderen Morgen konnte er den ganzen Vorfall erzählen, worauf C. verhaftet wurde.

Zu der Verhandlung waren 22 Zeugen geladen. Die Frau bestritt mit aller Entschiedenheit, C. zum Mord veranlaßt zu haben. Auch ihr Mann nahm sie sehr in Schutz und meinte: „Teiler Tat sei sie gar nicht fähig“. C. will an einen Mord gar nicht gedacht haben, sondern habe K., der mit ihm öfter Streit gehabt, nur einen ordentlichen Tuschel erteilen wollen. Da das Gegenteil nicht zu beweisen war, so verneinten die Geschworenen die Schuldfrage nach verurteiltem Mord bei C. und bejahten die Frage nach schwerer Körperverletzung. Bei Frau K. wurden alle Schuldfragen verneint. C. wurde wegen schwerer Körperverletzung, unter Anrechnung der sieben Monate Untersuchungshaft, zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Frau K. wurde freigesprochen.

In diesen traurigen Vorfällen ist besonders die heutige Gesellschaft schuld. Der niedrige Verdienst ermöglicht es den meisten nicht, ein eigenes Heim gründen zu können, darum drücken sich viele Tausende von Männern als Junggesellen in Schlafstellen herum, während wieder Familien mit kleinen Wohnungen Schlafbütschen nehmen, um nur existieren zu können. Man muß das obersteleische Schlafstellenwesen gesehen haben, um zu wissen, daß sehr oft Mann und Frau, fünf bis sechs Stunden und dann noch ein Schlafbütschen in der Hand und Küche hausen. Sind es aber zwei Stunden, dann gibt es zwei bis drei Schlafbütschen. Daß sich da die unglücklichsten Dinge abspielen, ist begreiflich. Aber auch dieses System wird mit der Aufklärung der Arbeiterenschaft verschwinden und Elend und Mitter wird menschlichen Zuständen weichen müssen.

Sozowitz, 30. Oktober. Wie es in Russland aussieht. In der frühlichen Gewerkschaft sah ein Herr Verurteilung ansehender Mensch. Wälsch näherte sich ihm ein Gendarm und forderte ihn auf, mitzugehen. Statt aller Antwort schmeterte der Knecht die Hände des Mannes das Glas vor den Kopf und raste in voller Wut davon. Der Gendarm hinterher, zog den Revolver und streckte den Flüchtling mit einem Schusse zu Boden. Einem vorbeigehenden älteren Manne wurde durch die Kugel der Hals durchschert. Der aufgebende Boganz spielte sich auf einer der belebtesten Straßen ab, der auch von den obersteleischen Fleischen, die den Sozowitzer Schweinemarkt besuchen, fast berungen wird.

Arbeiterbewegung.

Aussperung in Wien. Die Meister-Vereinigungen der Einwirkere und Goldschmiede haben, da es mit den Gehilfen zu keiner Eintrünge gekommen ist, die Aussperung beschloßen und bereits mit den Rübungen begonnen.

Briefkasten.

Erscheinenden der Redaktion Wochentags mit 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunst wird nur ausnahmsweise erteilt.

M. 3. 100. Der Mann ist gesetzlich nicht verpflichtet, für den Unterhalt der Kinder seiner Frau und erster Ehe zu sorgen. **Th. Hausfraufrage.** Die Meile ist für den ganzen Monat November zu zahlen, wenn der Stall nicht anderweitig vermietet wird. **A. Diegnitz.** Die Forderungen der Letzte verfallen in zwei Jahren. Sie brauchen also nach dem Gesetz die Rechnung nicht bezahlen.

M. 2. Die Verleibungen (s. 185 Str. G.-B.) wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mt. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre und wenn die Verleibungen mit einer Tüchtigkeit begangen wurden, mit Geldstrafe bis zu 1500 Mt. oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft. Die §§ 61 und 106 des Str. G.-B. sprechen von der Verlobung auf Antrag und dem Strafantrag bei Beamtenverleibung. **Strobel.** Die Hinrichtungen werden in Deutschland zum Teil mit dem Handbeil, zum Teil mit der Guillotine vollzogen.

werden Nichtskasernen gebaut werden. Die Hauspekulation wird ebenso um sich greifen, wie bisher die Grundstückspekulation. Schon 1899/1902 war hier eine Grundstückskrise, und die Preise sanken. Jetzt wird es zu Wankern kommen. Die Zahl der Hauseigentümer wird sich vermindern, ihre Verschuldung wird steigen, und das Großkapital wird die Situation beherrschen. Noch liegt die Großpekulation in den Händen von einzelnen Kaufleuten, die vorwiegend mit eigenem Kapital arbeiten. Diese werden in nähere Beziehungen zu den Hypothekenbanken treten oder selbst solche gründen. Es wird dahin gearbeitet, ausländisches Kapital dem Hypothekenverkehr zuzuwenden, die Regierung will jedoch die Konzessionen für eine ausländische Hypothekendarstellung nicht erteilen. Es stehen aber für die ausländischen Kapitalisten Wege offen, mit ihrem Kapital die einheimischen Institute zu speisen. In den letzten Jahren haben sich in Sofia drei ausländische Banken etabliert: die Balkanbank, österreichisches Kapital, Kreditbank, deutsches, Allgemeine Bank, französisches und ungarisches. Terraingesellschaften und Aktienbauengesellschaften werden gegründet werden usw.

Dieser Prozeß der kapitalistischen Stadtbildung, der hier so überhäufig und an den einzelnen mitwirkenden Personen festzustellen ist, bietet nichts Neues. Nicht anders war die Entwicklung auch in Berlin seit der Reichsgründung. Nur daß sie dort in bereits bestehende komplizierte Verhältnisse einfiel und von vornherein die größere Dimensionen gewann, deshalb in ihrem Ausgangspunkt und Verlauf schwieriger zu erfassen ist. In seinem Wesen erscheint uns der Prozeß recht einfach: die politische und wirtschaftliche Entwicklung führen zur Zusammenschließung der Bevölkerung in der Großstadt; da aber diese Bevölkerung keine sozialen Organisationen bildet, die imstande wären, die Stadterweiterung durchzuführen und gleichmäßig zu leiten, so wird sie zur Beute einzelner Kapitalisten, die sich an der Entwicklung bereichern; weshalb man dann die Entwicklung der Stadt selbst der angeblichen Geschäftsmitteltätigkeit der Kapitalisten zuschreibt.

Ich habe in Sofia, wie in Belgrad, meine Erfahrungen auf alle Gesellschaftsklassen ausgebreitet. Das wurde mir von

durch die tätige Mitwirkung unserer hiesigen Organisationen ermöglicht.

Besonders die Genossen Kirloff und Blagojeff haben mir durch ihre Kenntnis der Verhältnisse und ihre Verbindungen unschätzbare Dienste geleistet. Die tatsächlichen Angaben dieses Briefes verdanke ich Herrn Lewy, der hier als wohl der größte Grundstückspekulant gefächigt wird. Besondere Aufmerksamkeit wandte ich bei meinen Ausfragungen der mazedonischen Frage zu. Der Sitz der mazedonischen Agitation ist nun allerdings Saloniki. Doch gewinnt die eigenartige Gepräge. Ich werde in meinem nächsten Brief versuchen, meine Eindrücke nach dieser Richtung hin zusammen zu fassen.

Aus aller Welt.

Amerikanische Treibjagden. Eine amerikanische Zeitung aus Oregon berichtet von einer großen Hasentreibjagd, an der 700 Personen, Männer, Frauen und Kinder, teilgenommen haben, und bei der rund 10.000 Hasen erlegt wurden. Derartige selbstsamer Jagdbergangungen, die den europäischen Weibmann mit Schauer erfüllen und schließlich zur Nachahmung reizen, sind im Westen Amerikas noch heute an der Tagesordnung. Frank Morris, der so früh verstorbenen junge Dichter, hat eine dieser Hasentreibjagden lebendig beschreiben. Nach der Ernte ladet der große Gutsherr seine Nachbarn zur Jagd; zu Tausenden, zu Hunderten kommen sie am festgesetzten Tage in ihren letzten Wagen daher. Dann entwickelt sich die Armee und bildet einen mächtigen Halbkreis von vielen Kilometern Umfang. Die Jäger haben ihre Marschälle, die die Waffenbewegung leiten, ihre Neumant, die die Befehle überbringen. Wenn dann, auf ein gegebenes Zeichen, das gewaltige Heer der Jäger den Marsch antritt, dann springen die Hasen auf, anfangs zu Tausenden, dann zu Hunderten. Die beiden Enden des Halbkreises schließen sich allmählich immer näher aneinander, drücken sich endlich und schließen das Schlauchfeld ab. Man könnte sagen, daß die Hasen schließlich das Angstgefühl verlieren. Sie rasen nicht mehr querfeldein; sie machen ein paar Schritte, bleiben dann halten und scheitern langsam weiter. Ihre Menge wird immer größer, immer dichter schließt sich die Masse zusammen, bald ist es kein Trupp von Tieren mehr, der die Erde bedeckt; ein Meer, das auf und ab wagt, wie von

einer geheimnisvollen Kraft getrieben. Am Ende umschließt der Kreis Tausende von Hasen, alle richten sich auf die Hinterbeine auf, halb erstickt sind sie und kämpfen mit der Angst der Verzweiflung miteinander. Selbst die Hunde weigern sich, ihr tödliches Werk an dieser lebendigen Unzahligkeit zu verrichten, und schließlich eilen junge Wurfhunde herbei, um mit betenden Füßen den juckenden Leibern Tritte zu geben und so den armen Tieren Erlösung zu bringen.

„Wer arbeiten will, findet immer Arbeit!“ Diese zum geistigen Aftent der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gehörige Verlogenheitsphrase erzählt eine charakteristische Widerlegung durch Folgendes, in Nr. 338 der „Münchener Neuesten Nachrichten“ enthaltene Inserat:

Verzweifeln

Könnte ein verzweifelter, gefetzter, durchaus perfekter Buchhalter, dem es seit langer Zeit absolut nicht gelingt, trotz eifriger Mühen nach einer Stellung, ein Engagement zu finden. Gibt es vielleicht in München noch noch jemand, welcher die verzagende Familie durch Stellung-Anbictung aus großer Not befreit? Suchender würde auch einen anderen geeigneten Vorken gegen beschriebene Verlegenheit annehmen. Gültige Offerten unter Nr. 26 536 an die Expedition.

Rechtliche Inserate sind in der bürgerlichen Presse häufig zu finden. Die Arbeitslosigkeit, deren ungeheurer Umfang in verschiedenen Städten statistisch festgelegt wurde, ist eine Folge unserer kapitalistischen Produktionsordnung.

Vom Markt der Eitelkeiten. In den „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 16. d. M. lesen wir hintereinander folgende zwei Inserate:

Großindustrielle und Großkaufleute! Wer interessiert sich für Ehrentitel?

Strengste Diskretion! Offerte nur vom Selbstreflektanten unter Nr. 338 915 an die Expedition. Helrat.

Dame, welche aus irgend einem Grunde Frau und abelig werden will, schreibe mit 40.000 Kronen W. C. 8531 an Annoncen-Expedit. Rudolf Wölfe, Wien, I. Seilerstraße Nr. 2, zur Weiterbeförderung.

Abig werden, Ehrentitel bekommen, alles ist in unserer Gesellschaft fürs Geld zu haben; deshalb das Wort: Dem Verdienst seine Krone!